

DIE CHINESISCHE REVOLUTION UND DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

Der Sieg der Kantoner Armee, ihr Vormarsch nach Norden bis zum Yang-Tse-Kiang, die Besetzung des zentralchinesischen Industriegebietes, die Hineinziehung der Bauernmassen in die revolutionäre Bewegung, die Zuspitzung des Klassenkampfes auf dem flachen Lande, das Herannahen des Zeitpunktes des unmittelbaren Zusammenstoßes der Kantoner Armee mit dem stärksten Hort der inneren und imperialistischen Konterrevolution in China, mit der Mukdener Militaristengruppe — all das spricht dafür, daß wir in China einer neuen Phase der Revolution entgegengehen, einer erheblichen Vertiefung der Revolution, einem Stadium, in dem der Kampf um die Hegemonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie die weitere Richtung der Revolution bestimmen wird. Vom Ausgang dieses Kampfes wird es abhängen, ob China auf nichtkapitalistischen Bahnen, auf der Bahn des Kampfes gegen den Weltimperialismus, im Bündnis mit der Sowjetrepublik und dem Weltproletariat, seinem Endziel — dem Sozialismus zustreben wird, oder ob das halbbefreite China, nach Abschluß eines Kompromisses mit den imperialistischen Mächten, die Bahn der kapitalistischen Entwicklung beschreiten wird.

Die chinesische Revolution ist eine nationale Revolution im doppelten Sinne dieses Wortes. Sie verfolgt erstens das Ziel der nationalen Vereinigung des zersplitterten China im Kampf gegen die halbfeudalen, halbkapitalistischen, räuberischen militaristischen Cliques, deren Herrschaft sich in den einzelnen Provinzen Chinas auf Söldnerheere stützt. Sie verfolgt zweitens die nationale Befreiung des in eine Halbkolonie verwandelten China von dem Joch der imperialistischen Mächte. Diese nationalen Parolen stehen auf den Bannern der Kantoner Armee, und gerade sie bilden die Hauptkraft dieser Armee und umgeben sie mit den Sympathien der breitesten Volksmassen, ermöglichen ihr, die Söldnerheere der militaristischen Cliques schon beim ersten Zusammenprall mit ihnen zu zersetzen. Die Kantoner Armee hat bereits gewaltige Erfolge bei der nationalen Befreiung Chinas errungen. Aber die Aufgabe der nationalen Revolution in China ist noch lange nicht beendet und darum kann keine Rede davon sein, daß China bereits vor seinem Oktober stünde. Weil aber ein voller Sieg der nationalen Revolution in dem durch das ausländische Kapital geknechteten China einen Sieg über den Weltimperialismus bedeuten würde, so entwickeln sich innerhalb der nationalen chinesischen Revolution schon in ihrem gegenwärtigen Stadium die Gegensätze, die ihre Lösung finden werden entweder dadurch, daß China im weiteren Verlauf immer mehr zu einem Hebel der sozialistischen Weltrevolution wird, oder aber, daß es sich in eine neue Reserve für die Entwicklung des Kapitalismus und für die Erhöhung der Stabilisierung des Weltkapitalismus verwandelt.

Vor der chinesischen nationalen Revolution eröffnen sich somit zwei Perspektiven, wobei die Verwirklichung der einen oder anderen dieser Perspektiven in erheblichem Grade abhängen wird von dem subjektiven

geschichtlichen Faktor — von dem chinesischen Proletariat und seiner Vorhut — der chinesischen Kommunistischen Partei. Die internationale Konstellation ist für die nichtkapitalistische Entwicklung Chinas insofern günstig, als sich die chinesische Revolution in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus entwickelt und starke Verbündete in Gestalt der Sowjetunion und des gesamten Weltproletariats besitzt, während gleichzeitig unter den imperialistischen Räubern in der chinesischen Frage bedeutende Gegensätze vorhanden sind. Wenn es das chinesische Proletariat und die Kommunistische Partei Chinas unter diesen Umständen verstehen werden, die Hegemonie in der revolutionären Bewegung zu erringen, so ist die Perspektive der nichtkapitalistischen Entwicklung Chinas gesichert, trotz aller vor ihr stehenden Schwierigkeiten. Der Streik in Schanghai 1925, der die chinesische Revolution mit einem Schlage zu einer gesamt-nationalen revolutionären Bewegung emporhob, sowie der Hongkonger Streik, der Kanton die Möglichkeit gab, zur festen Basis der Revolution zu werden, zeugen davon, daß das chinesische Proletariat bereits zu einem mächtigen Faktor der chinesischen Revolution geworden ist. Allerdings darf man sich keine Illusionen machen und muß sich darüber klar sein, daß das chinesische Proletariat vorerst noch nicht die Rolle des Hegemons in der Revolution spielt.

Um diese Rolle des Hegemons in der Revolution erobern und festhalten zu können, gilt es für die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Proletariat — eine sehr schwierige, jetzt vor der Revolution stehende Aufgabe zu lösen und ein sehr schwieriges strategisches Manöver durchzuführen. Da der Kantonner Regierung einerseits in nächster Zukunft heftige Kämpfe gegen den chinesischen Militarismus im Norden und den hinter ihm stehenden internationalen Imperialismus bevorstehen, so müssen die Kräfte dieser Regierung gestärkt, die Kräfte der Kantonner Armee gefestigt und die Macht der Kuo-Min-Tang verankert werden, damit die revolutionäre Einheitsfront der antiimperialistischen Kräfte nicht geschwächt wird. Andererseits ist es angesichts der zum Ausbruch drängenden Klassengegensätze, von deren Lösung in der einen oder anderen Weise das weitere Schicksal der Revolution abhängen wird, notwendig, ohne die revolutionäre Front zu erschüttern, eine gewaltige Umgruppierung der Kräfte des revolutionären Lagers im ganzen Lande und eine entsprechende Umgruppierung der Kräfte innerhalb der Kuo-Min-Tang, in der Kantonner Regierung und in der Kantonner Armee vorzunehmen.

Im Lager der Konterrevolution in China stehen gegenwärtig die militaristischen Cliquen und die Kompradorelemente der Bourgeoisie. Die industrielle nationale Bourgeoisie Chinas steht augenblicklich noch teilweise auf seiten der Revolution. Allerdings ist diese industrielle nationale Bourgeoisie in China, dessen Industrie vom ausländischen Kapital beherrscht wird, sehr schwach; sie begann sich erst vor kurzem aus dem Handelskapital herauszuschälen, und ist augenblicklich unvergleichlich schwächer, als es die russische Bourgeoisie in der Revolution 1905 war, aber sie steht durch das Handelskapital in Verbindung mit dem flachen Lande, besitzt Einfluß auf das städtische Kleinbürgertum und nimmt, obwohl sie innerhalb der Kuo-Min-Tang stark in der Minderheit ist, starke Stellungen sowohl in der Kantonner Regierung als auch innerhalb des Offizierskorps der

Kantoner Armee ein. Insofern muß also mit diesem „Verbündeten“ noch gerechnet werden. Aber dieser „Verbündete“ ist überaus unzuverlässig. Es bedurfte nur der Streikwelle in Schanghai 1925, die plötzlich sehr mächtig anstieg, um die nationale industrielle Bourgeoisie in China sofort zu veranlassen, der Revolution den Rücken zu kehren. Auch bei den Ereignissen vom 20. März d. J. hat sie dazu beigetragen, den linken Kuo-Min-Tang-Elementen und den Kommunisten einen Schlag zu versetzen. Da es sich im gegenwärtigen Moment des siegreichen Vormarsches der Kantoner Armee herausgestellt hat, daß der Krieg ohne energische Unterstützung des linken Flügels der Kuo-Min-Tang sowie ohne die Unterstützung der Kommunisten nicht fortgesetzt werden kann, hält sie die Einheitsfront mit ihnen weiter aufrecht. Aber sie ist völlig beherrscht von der Ideologie des Dai-Tsi-Tao und ist bestrebt, der Revolution ihren internationalen Charakter zu nehmen, ihre Verbindung mit der Bewegung des internationalen Proletariats zu sprengen und China eine Perspektive der kapitalistischen Entwicklung zu sichern, sei es auch um den Preis eines „friedlichen“ Einnistens des ausländischen Kapitals in der chinesischen Industrie. Bei der ersten scharfen Zuspitzung der Klassegegensätze wird sie deshalb erneut jenseits der Barrikaden stehen. Diese Gegensätze drängen aber gerade auf dem flachen Lande in China, mit dem die nationale Bourgeoisie durch zahlreiche wirtschaftliche Fäden verknüpft ist, zum Ausbruch.

In den Bauernmassen steigt die revolutionäre Bewegung rasch an. Die Mitglie­derzahl der Bauernbünde nimmt rasch zu und beträgt bereits über eine Million. Die Bewegung der „Roten Lanzen“ breitet sich aus. Die Bauern haben der Kantoner Regierung die allerenergischste Unterstützung gewährt, aber sie haben das nicht um der schönen Augen der Kantoner Regierung willen getan. Sie verlangen eine Erleichterung ihrer unerträglichen wirtschaftlichen Lage. Sie führen den Kampf auf dem flachen Lande gegen den Kleinadel (Gentry), gegen die Wucherer und die Gutsbesitzer, sie gehen bewaffnet vor gegen die „Min-Tuan“, die sogenannte Volksmiliz, die unter der Flagge der Bekämpfung des Banditenunwesens für die hohen Beamten und die Gutsbesitzer eintritt. Da die Kantoner Regierung, trotz der feierlichen Versprechungen der Kuo-Min-Tang, diesem Kampf der Bauern gegenüber formelle „Neutralität“ wahrt, sozusagen ihre Hände in Unschuld wäscht und damit faktisch die Unterdrückung der Bauernbewegung begünstigt, beginnen die Bauern, bald hier, bald dort, an der Kantonregierung zu verzweifeln, lassen sich von revolutionärer Ungeduld anstecken und drehen stellenweise sogar die Lanzen gegen die Volksarmeen um: so war es z. B. überaus bezeichnend, daß es Wu Pei-fu gelingen konnte, die „Roten Lanzen“ dazu zu verwenden, um einen Schlag gegen die zweite Volksarmee zu führen.

Es ist ohne weiteres klar, daß die in ihrer Mehrheit kleinbürgerliche Kuo-Min-Tang, sowie die Kantoner Regierung unaufschiebbar sich zu entscheiden haben, ob sie die Loslösung des in China außerordentlich zahlreichen Kleinbürgertums in Handel und Handwerk von der industriellen Bourgeoisie fördern und auf ein enges Bündnis des Kleinbürgertums in Handel und Handwerk mit dem Proletariat und der Bauernschaft hinsteuern wollen, wobei sie sich mit der Unvermeidlichkeit einer infolgedessen stattfindenden Abspaltung der industriellen Bourgeoisie von der Einheitsfront abfinden müssen, oder ob sie auf ein enges Bündnis des städtischen Kleinbürgertums

mit der industriellen Bourgeoisie hinsteuern und dem Proletariat sowie der Bauernschaft den Rücken kehren wollen. Eine Entscheidung im ersteren Sinne ist für die Kuo-Min-Tang und für die Kantoner Regierung aber nur dann möglich, wenn es der Kommunistischen Partei gelingt, innerhalb der Kuo-Min-Tang und der Kantoner Regierung sowie in der Kantoner Armee eine einflußreiche Stellung zu erobern. Es ist das eine durchaus mögliche Aufgabe.

Was die gegenwärtigen Stimmungen des städtischen Kleinbürgertums anbetrifft, so ist in dieser Beziehung das Auftreten der Vereinigten Handelsorganisationen der kleineren und mittleren Kaufmannschaft von Schanghai und Kanton gegen die Handelskammern sehr bezeichnend. Was die Bauernschaft betrifft, so sind ihre Forderungen augenblicklich derart relativ gemäßigt, daß ihre Erfüllung keine für den Augenblick gefährliche, tiefgreifende Spaltung auf dem flachen Lande nach sich ziehen würde. Die Bauern stellen vorerst noch nicht einmal die Forderung der Konfiskation des Großgrundbesitzes und der Vertreibung des Kleinadels aus den Dörfern. Was sie wollen, ist ein erheblicher Nachlaß des Pachtzinses, eine Ablösung der schweren Steuern und Abgaben durch eine einheitliche progressive Steuer, die Konfiskation des Grund und Bodens jener Kompradoren und Gutsbesitzer, die unmittelbar hinter der Konterrevolution stehen, die Entwaffnung der „Min-Tuan“ sowie die Bewaffnung der Bauern und die Organisation von Bauernkomitees auf dem flachen Lande. Die Durchführung dieses Agrarprogramms in dem Gebiet, das unter der Herrschaft der militaristischen Cliques steht, ist möglich durch Entfesselung der Bauernbewegung, durch Aktionen „von unten her“. In den Gebieten dagegen, die der Kantoner Regierung unterstehen, muß dieses Programm sowohl durch ein Vorgehen „von unten“ als auch „von oben“, durch Organisation der Kräfte und des Kampfes der Bauernschaft, bzw. durch den Erlaß von Dekreten der Kantoner Regierung durchgeführt werden; letztere würden die Position der Regierung nur stärken und ihr eine breite, auf den Bauern beruhende Grundlage verleihen. Es braucht nicht erst besonders erwähnt zu werden, daß auch die wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats unverzüglich erfüllt werden müssen, selbst wenn das der chinesischen industriellen Bourgeoisie noch so sehr schwer fallen sollte. Die Kantoner Regierung muß als eine konsequent revolutionäre Regierung vorgehen, sie muß feinfühlig reagieren auf die Forderungen der Arbeiter, die sich in einer unerträglichen Lage befinden und in China sogar noch erniedrigenden Körperstrafen ausgesetzt sind.

Dieses Programm ist ein überaus gemäßigtes im Vergleich zu jenem, das durchgeführt werden kann und muß, sobald die Revolution erstarkt und sich vertieft. Aber auch dieses gemäßigte Programm, das zur Festigung der Siege der Kantoner Armee und zur Weiterentwicklung der Revolution unbedingt notwendig ist, kann nur dann verwirklicht werden, wenn es der Kommunistischen Partei Chinas, gestützt auf ihre Arbeit unter den Proletarier- und Bauernmassen gelingt, in der Kuo-Min-Tang, in der Kantoner Regierung und in der Kantoner Armee festen Fuß zu fassen und faktisch zum Hegemon der revolutionären Bewegung zu werden. Auf dieses Ziel gilt es deshalb alle Anstrengungen der Kommunistischen Partei Chinas zu konzentrieren. Die Kommunistische Partei Chinas muß, gegen

alle Ratschläge der „ultralinken“ Genossen, die als Antwort auf die Schwankungen des linken Flügels und des Zentrums der Kuo-Min-Tang den Austritt aus der Kuo-Min-Tang vorgeschlagen haben, gegen diese Ratschläge, die objektiv auf eine Kapitulation und ein Liquidatorentum hinauslaufen — gerade umgekehrt bemüht sein, mit der Kuo-Min-Tang, der Kantoner Regierung und der Kantoner Armee eine weit engere Verbindung als bisher herzustellen, und diese Regierung sowie diese Armee zu zuverlässigen zentralen Stützpunkten der Revolution zu machen.

Bei dieser schwierigen Aufgabe muß die Kommunistische Partei Chinas die allerenergischste Unterstützung durch alle Bruderparteien der Kommunistischen Internationale erhalten. Aber nicht nur das. Je mehr die chinesische Revolution in die Tiefe gehen wird, um so stärker wird die verkappte Intervention werden in der Form von Waffenlieferungen und Krediten an die konterrevolutionären Kräfte in China sowie der Anwendung eines wirtschaftlichen Drucks auf die schwankenden Elemente der chinesischen Bourgeoisie, um sie ins Lager der Konterrevolution zu ziehen. Selbst die nordamerikanische Bourgeoisie, die mit einem „friedlichen“ Vordringen des amerikanischen Kapitals in China rechnet, wird in der aktivsten Weise einen Sieg des rechten Flügels der Kuo-Min-Tang über den linken, einen Sieg des nationalistischen Dai-Tsi-Taoismus über den revolutionären Internationalismus und ein Abspringen Chinas vom Bündnis mit der Sowjetunion und dem Weltproletariat fördern, wie sie denn auch jetzt schon in dieser Richtung arbeitet. Was die anderen imperialistischen Mächte, in erster Linie England anbetrifft, so kann man erwarten, daß sie in einem bestimmten Augenblick direkt zur Intervention greifen werden! Allein schon durch die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in England hat der englische Imperialismus soweit freie Hand bekommen, daß er, kaum daß er zu Hause die Dinge halbwegs beigelegt hat, in China bereits mit dem Säbel rasselt und seine Kriegsschiffe nach Hankau beordert. Auch die jüngste Rede Chamberlains ist in dieser Beziehung überaus bezeichnend. Infolgedessen erstet vor allen Sektionen der Komintern jene unaufschiebbare Aufgabe, über die sich Genosse Doriot auf der Erweiterten Exekutive der Komintern wie folgt äußerte:

„Bis jetzt haben wir allzuviel von der Lage in China selbst gesprochen. Wir sollten aber mehr von den Aufgaben reden, vor denen das europäische und das amerikanische Proletariat stehen, um die chinesische Revolution zu unterstützen. Wir müssen folgende Parolen aufstellen: gegen jegliche Intervention, für die Zurückziehung der Kriegsflotte aus China und für die Anerkennung der Kantoner Regierung! — Die Arbeiterklasse wird diese Losungen verstehen und wird die chinesische revolutionäre Bewegung durch die Tat unterstützen.“

Große Bedeutung hat daneben aber auch unsere antimilitaristische Arbeit in den Reihen der Flotte und der Armee.

Ich bin überzeugt, daß die Kommunistischen Parteien aller Länder ihre Aufgabe im Zusammenhang mit der Unterstützung der chinesischen Revolution erfüllen werden.“

Wir müssen gestehen, daß die Mehrzahl der Sektionen der Komintern die Kampagne zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter nicht energisch genug betrieben hat. Eine Wiederholung dieses Fehlers gegenüber der chinesischen Revolution könnte eine verhängnisvolle Bedeutung haben und käme einem Verbrechen gleich.

Die Kampfparole der gesamten Kommunistischen Internationale muß lauten: „Hände weg von China!“

J. STALIN: DIE PERSPEKTIVEN DER REVOLUTION IN CHINA*)

Bevor ich auf die Frage eingehe, halte ich es für notwendig, zu erklären, daß mir erschöpfendes Material über die chinesische Frage, wie es notwendig wäre, um ein vollständiges Bild der chinesischen Revolution zu entrollen, nicht zur Verfügung steht. Ich bin deshalb gezwungen, mich auf einige allgemeine Bemerkungen prinzipieller Natur zu beschränken, die in direkter Beziehung zur Frage nach der Hauptrichtung der chinesischen Revolution stehen. Ich besitze die Thesen des Genossen Petrow, die Thesen des Genossen Mif, zwei Referate des Genossen Tan-Ping-schan und die Bemerkungen des Genossen Rafes zur chinesischen Frage. Ich glaube, daß alle diese Dokumente trotz ihrer Vorzüge an dem großen Fehler krankten, daß sie eine ganze Reihe von Grundfragen der Revolution in China umgehen. Ich glaube, daß man vor allem das Augenmerk auf diese Mängel richten muß. Deswegen werden meine Bemerkungen zugleich auch polemischen Charakter haben.

1. Der Charakter der Revolution in China

Lenin sagte, daß die Chinesen bald ihr 1905 haben würden. Manche Genossen haben das so verstanden, daß bei den Chinesen sich ganz genau das wiederholen müsse, was bei uns in Rußland im Jahre 1905 sich abgespielt hat. Dies ist unrichtig, Genossen. Lenin hat keineswegs gesagt, die chinesische Revolution werde eine Kopie der Revolution des Jahres 1905 in Rußland sein. Lenin sagte lediglich, daß die Chinesen ihr 1905 haben werden. Dies bedeutet, daß außer den gemeinsamen Zügen mit der Revolution des Jahres 1905 die chinesische Revolution noch ihre eigenen spezifischen Eigentümlichkeiten aufweisen wird, die der ganzen Revolution in China ihren besonderen Stempel aufdrücken werden.

Was sind das für Eigentümlichkeiten?

Die erste Eigentümlichkeit besteht darin, daß die chinesische Revolution als eine bürgerlich-demokratische zugleich auch eine nationale Befreiungsrevolution ist, die mit ihrer Spitze gegen die Herrschaft des fremdländischen Imperialismus in China gerichtet ist. Dadurch vor allem unterscheidet sie sich von der Revolution in Rußland im Jahre 1905. Die Sache ist die, daß die Herrschaft des Imperialismus in China sich äußert nicht allein in der militärischen Macht, sondern vor allem darin, daß die Hauptfäden der Industrie in China, die Eisenbahnen, die Fabriken, die Bergwerke, die Banken usw. sich in der Verfügungsgewalt der Imperialisten befinden. Hieraus folgt aber, daß die Fragen des Kampfes gegen den fremdländischen Imperialismus und dessen chinesische Agenten die überwiegende Rolle in der chinesischen Revolution spielen müssen. Eben dadurch wird die chinesische Revolution unmittelbar mit den Revolutionen der Proletarier aller Länder gegen den Imperialismus verknüpft.

* Rede des Genossen Stalin in der chinesischen Kommission des EKKI am 30. Nov. 1926.

Dieser Eigentümlichkeit entspringt eine weitere Eigentümlichkeit der chinesischen Revolution, die darin besteht, daß die nationale Großbourgeoisie in China äußerst schwach ist, daß sie unvergleichlich schwächer ist als die russische Bourgeoisie in der Periode von 1905. Das ist auch verständlich. Wenn die Hauptfäden der Industrie in den Händen fremdländischer Imperialisten zusammenlaufen, muß auch die nationale Großbourgeoisie in China schwach und rückständig sein. In dieser Hinsicht ist die Bemerkung des Genossen Miß über die Schwäche der nationalen Bourgeoisie in China als ein charakteristisches Kennzeichen der chinesischen Revolution durchaus richtig. Aber daraus ergibt sich, daß die Rolle der Initiatoren und Lenker der chinesischen Revolution, die Rolle des Führers der chinesischen Bauernschaft, unausbleiblich in die Hände des chinesischen Proletariats gelangen muß, das organisierter und aktiver ist als die chinesische Bourgeoisie.

Man darf auch die dritte Eigentümlichkeit der chinesischen Revolution nicht übersehen, die darin besteht, daß neben China noch die Sowjetunion existiert und sich entwickelt, deren revolutionäre Erfahrung und deren Hilfe den Kampf des chinesischen Proletariats gegen den Imperialismus und gegen die feudal-mittelalterlichen Ueberreste in China erleichtern muß.

Das sind die grundlegenden Eigentümlichkeiten der chinesischen Revolution, die ihren Charakter und ihre Richtung bestimmen.

2. Der Imperialismus und die imperialistische Intervention in China

Der erste Mangel der vorgelegten Thesen besteht darin, daß sie die Frage der imperialistischen Intervention in China umgehen oder unterschätzen. Wenn man die Thesen richtig liest, könnte man glauben, daß gegenwärtig in China eigentlich keine imperialistische Intervention vorhanden sei, sondern lediglich ein Kampf des Nordens gegen den Süden bzw. der einen Generalsgruppe gegen eine andere Generalsgruppe. Dabei ist man geneigt, unter Intervention einen solchen Zustand zu verstehen, wo fremdländische Truppen in chinesisches Gebiet einmarschieren, und wenn diese Tatsache fehlt, so gebe es eben keine Intervention. Daß ist ein sehr großer Fehler, Genossen. Die Intervention wird keineswegs durch den Einmarsch von Truppen erschöpft, und der Einmarsch von Truppen bildet keineswegs die wesentliche Eigentümlichkeit der Intervention. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern, wo ein direkter Einmarsch fremdländischer Truppen eine Reihe von Protesten und Konflikten hervorrufen kann, hat die Intervention einen elastischen Charakter und eine mehr maskierte Form. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen zieht es der Imperialismus vor, durch Organisation des Bürgerkrieges innerhalb des abhängigen Landes, durch Finanzierung der konterrevolutionären Kräfte gegen die Revolution, durch moralische und finanzielle Unterstützung seiner chinesischen Agenten gegen die Revolution zu intervenieren. Den Kampf Denikins und Koltshaks, Judenitschs und Wrangels gegen die Revolution in Rußland wollten die Imperialisten als einen ausschließlich inneren Kampf hinstellen. Aber wir alle wußten, und nicht nur wir, sondern alle Welt wußte es, daß hinter dem Rücken dieser konterrevolutionären russischen Generale die Imperialisten Englands und Amerikas, Frankreichs und Japans standen, ohne deren Unterstützung ein ernsthafter Bürgerkrieg in Rußland

ganz unmöglich gewesen wäre. Dasselbe gilt auch für China. Der Kampf Wu Pei-fus und Sun Tschuan-fangs, Tschang Tso-lins und Tschang Tsuntschans gegen die Revolution in China wäre einfach unmöglich, wenn nicht die Imperialisten aller Länder diese konterrevolutionären Generale inspiriert hätten, wenn sie sie nicht mit Geld, Waffen, Instruktoren, „Beratern“ usw. versorgt hätten. Worin besteht die Kraft der Kantontruppen? Darin, daß sie eine Idee, ein Pathos haben, das sie im Kampfe um die Befreiung vom Imperialismus begeistert, darin, daß sie China die Befreiung bringen. Worin besteht die Kraft der konterrevolutionären Generale in China? Darin, daß hinter ihrem Rücken die Imperialisten aller Länder stehen, die Inhaber aller möglichen Eisenbahnen, Konzessionen, Fabriken, Banken und Handelshäuser in China. Deshalb kommt es nicht allein, ja nicht so sehr darauf an, ob fremdländische Truppen einmarschieren, sondern auf die Unterstützung, die die Imperialisten aller Länder der chinesischen Konterrevolution erweisen. Eine Intervention mit fremden Händen — das ist jetzt der Kern der imperialistischen Intervention.

Deswegen ist die imperialistische Intervention in China eine unzweifelhafte Tatsache, gegen die auch die Spitze der chinesischen Revolution gerichtet ist.

Wer deshalb die Tatsache der imperialistischen Intervention in China umgeht oder unterschätzt, der umgeht oder unterschätzt das Wichtigste und Wesentlichste.

Man sagt, daß die japanischen Imperialisten gewisse Anzeichen der „Gewogenheit“ gegenüber den Kantonesen und der chinesischen Revolution überhaupt an den Tag legen. Man sagt, daß die amerikanischen Imperialisten in dieser Hinsicht den japanischen nicht nachstehen. Das ist Selbstbetrug, Genossen. Man muß verstehen, das Wesen der Politik der Imperialisten, darunter auch der japanisch-amerikanischen, von deren Maskierung zu unterscheiden. Lenin pflegte zu sagen, es sei schwer, Revolutionäre mit dem Prügelstock, mit der Faust für sich einzunehmen, daß man sie aber mitunter sehr leicht durch Liebenswürdigkeit einnehme. Diese von Lenin ausgesprochene Wahrheit sollte man nie vergessen, Genossen. Jedenfalls ist es klar, daß die japanisch-amerikanischen Imperialisten die Bedeutung dieser Wahrheit ziemlich gut begriffen haben. Deshalb muß man streng unterscheiden zwischen einer Freundlichkeit und einem Kompliment an die Adresse der Kantonleute und der Tatsache, daß die Imperialisten, die am freigebigsten mit Freundlichkeiten um sich werfen, sich am meisten an „ihren“ Konzessionen und Eisenbahnen in China festklammern, von denen sie sich um keinen Preis „befreien“ wollen.

3. Die revolutionäre Armee in China

Die zweite Bemerkung im Zusammenhang mit den vorgelegten Thesen betrifft die Frage der revolutionären Armee in China. Die Sache ist die, daß die Frage der Armee in den Thesen umgangen ist oder unterschätzt wird. Darin liegt der zweite Mangel derselben. Das Vordringen der Kantonesen nach dem Norden wird gewöhnlich nicht als die Entfaltung der chinesischen Revolution betrachtet, sondern als Kampf der Kanton-Generale gegen Wu Pei-fu und Sun Tschuan-fang, als Kampf um die Vorherrschaft der einen Generale gegenüber den anderen Generalen. Das ist ein großer Fehler,

Genossen. Die revolutionären Armeen in China bilden den wichtigsten Faktor des Kampfes der chinesischen Arbeiter und Bauern um ihre Befreiung. Ist es denn zufällig, daß bis Mai oder Juni dieses Jahres die Lage in China gewertet wurde als Herrschaft der Reaktion, die nach der Niederlage der Armee Feng Yu-hsiangs eingetreten war, daß aber, im Sommer dieses Jahres, es genügte, daß die siegreichen Truppen von Kanton nach dem Norden vordrangen und Hupe besetzten, damit das Bild sich von Grund auf zugunsten der Revolution veränderte? Nein, das ist nicht zufällig. Denn das Vordringen der Kantontruppen bedeutet einen Schlag gegen den Imperialismus, einen Schlag gegen seine Agenten in China, es bedeutete Freiheit der Versammlungen, Freiheit der Streiks, Freiheit der Presse, Freiheit der Organisation für alle revolutionären Elemente in China überhaupt und für die Arbeiter im besonderen. Darin liegt die Eigenart und die wichtigste Bedeutung der revolutionären Armee in China.

Früher, im 18. und 19. Jahrhundert, begannen die Revolutionen so, daß gewöhnlich das Volk sich erhob, größtenteils unbewaffnet oder schlecht bewaffnet, und es stieß zusammen mit der Armee des alten Regimes; es war bestrebt, diese Armee zu zersetzen oder wenigstens teilweise auf seine Seite herüberzuziehen. Das war die typische Form der revolutionären Explosionen der Vergangenheit. Dasselbe spielte sich auch bei uns in Rußland im Jahre 1905 ab. In China entwickelten sich die Dinge anders. In China steht nicht das unbewaffnete Volk gegen die Truppen der eigenen Regierung, sondern das bewaffnete Volk in Gestalt seiner revolutionären Armee. In China kämpft die bewaffnete Revolution gegen die bewaffnete Konterrevolution. Darin liegt eine der Eigentümlichkeiten und einer der Vorzüge der chinesischen Revolution. Darin liegt auch die besondere Bedeutung der revolutionären Armee in China.

Deshalb ist die Unterschätzung der revolutionären Armee ein unzulässiger Mangel der vorgelegten Thesen.

Aber daraus folgt, daß die chinesischen Kommunisten besondere Aufmerksamkeit der Arbeit in der Armee zuwenden müssen.

Erstens müssen die chinesischen Kommunisten mit allen Mitteln die politische Arbeit in der Armee verstärken und erreichen, daß die Armee zum wirklichen und mustergültigen Träger der Ideen der chinesischen Revolution wird. Das ist besonders deshalb notwendig, weil jetzt den Kantonleuten sich alle möglichen Generale anschließen, die mit der Kuo-Min-Tang nichts gemein haben, die sich ihnen anschließen als einer Kraft, die die Feinde des chinesischen Volkes stürzt, und die, indem sie sich den Kantonleuten anschließen, in die Armee Zersetzung hineinbringen. Solche „Bundesgenossen“ neutralisieren oder sie in echte Kuo-Min-Tang-Anhänger verwandeln kann man nur durch Verstärkung der politischen Arbeit und durch Organisierung einer revolutionären Kontrolle über sie. Ohnedem kann die Armee in die schwierigste Lage geraten.

Zweitens müssen die chinesischen Revolutionäre, darunter auch die Kommunisten, unmittelbar daran gehen, das Militärwesen zu studieren, sie dürfen nicht das Militärwesen als etwas Untergeordnetes betrachten, denn das Militärwesen in China bildet jetzt den wichtigsten Faktor der chinesischen Revolution. Die chinesischen Revolutionäre, also auch die Kommunisten, müssen das Militärwesen dazu studieren, um allmählich vorzu-

dringen und in der revolutionären Armee die einen oder die anderen leitenden Posten besetzen zu können. Darin liegt die Garantie, daß die revolutionäre Armee Chinas den richtigen Weg gehen, direkt dem Ziele zustreben wird. Ohnedem können Schwankungen in der Armee unvermeidlich werden.

Das sind die Aufgaben der chinesischen Kommunistischen Partei in der Frage der revolutionären Armee.

4. Der Charakter der zukünftigen Macht in China

Die dritte Bemerkung bezieht sich darauf, daß in den Thesen die Frage nach dem Charakter der zukünftigen revolutionären Macht in China gar nicht oder nicht genügend berücksichtigt ist. Ganz nahe an diese Frage ist Genosse Mif in seinen Thesen herangegangen, und das ist sein Verdienst. Doch ist es, als sei er, nachdem er ganz nahe heran war, zurückgeschreckt und traute sich nicht, die Sache zu Ende zu führen. Genosse Mif glaubt, daß die zukünftige revolutionäre Macht in China eine Macht des revolutionären Kleinbürgertums unter Führung des Proletariats sein werde. Was bedeutet das? Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre zur Zeit der Februarrevolution im Jahre 1917 waren ebenfalls kleinbürgerliche Parteien und in gewissem Grade revolutionär. Bedeutet dies, daß die zukünftige revolutionäre Macht in China eine sozialrevolutionär-menschewistische Macht sein wird? Nein, es bedeutet dies nicht. Warum? Weil die sozialrevolutionär-menschewistische Macht eine imperialistische Macht war, während die zukünftige revolutionäre Macht in China eine antiimperialistische Macht sein muß. Hier ist der fundamentale Unterschied. Die Macdonald-Regierung war sogar eine „Arbeiter“-Macht, aber sie war zugleich imperialistisch, denn sie beruhte auf der Aufrechterhaltung der imperialistischen Macht Englands, sagen wir, in Indien und Aegypten. Die zukünftige revolutionäre Macht in China wird gegenüber der Macdonald-Regierung den Vorzug haben, daß sie eine antiimperialistische Macht sein wird. Es kommt nicht nur auf den bürgerlich-demokratischen Charakter der Kanton-Regierung an, die den Keim der zukünftigen allchinesischen revolutionären Macht bildet, sondern es kommt vor allem darauf an, daß diese Macht eine antiimperialistische Macht ist und gar nicht anders sein kann, daß jedes Vordringen dieser Macht nach vorwärts einen Schlag gegen den Weltimperialismus bedeutet, also auch einen Schlag zugunsten der revolutionären Weltbewegung. Lenin hatte recht, als er sagte, daß, wenn früher die nationale Befreiungsbewegung, vor Anbruch der Epoche der Weltrevolution, ein Teil der allgemein demokratischen Bewegung war, jetzt, nach dem Siege der Sowjetrevolution in Rußland und nach dem Beginn der Epoche der Weltrevolutionen, die nationale Befreiungsbewegung ein Teil der proletarischen Weltrevolution ist.

Diese Eigentümlichkeit hat Genosse Mif nicht berücksichtigt.

Ich glaube, daß die zukünftige revolutionäre Macht in China ihrem Charakter nach ähnlich der Macht sein wird, von der bei uns im Jahre 1905 gesprochen wurde, d. h. eine Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, mit dem Unterschied jedoch, daß es eine vorwiegend antiimperialistische Macht sein wird. Es wird eine Uebergangsmacht sein zur nicht-kapitalistischen oder genauer zu einer sozialistischen Entwicklung Chinas.

In einer solchen Richtung dürfte die Revolution in China sich entwickeln. Dieser Entwicklungsweg der Revolution wird durch drei Umstände erleichtert: erstens dadurch, daß die Revolution in China als eine nationale Befreiungsrevolution mit ihrer Spitze gegen den Imperialismus und seine Agenten in China gerichtet sein wird; zweitens dadurch, daß die nationale Großbourgeoisie in China schwach ist, schwächer als die nationale Bourgeoisie in Rußland in der Periode von 1905, was die Hegemonie des Proletariats, die Führerschaft der proletarischen Partei gegenüber der chinesischen Bauernschaft erleichtert; drittens dadurch, daß die Revolution in China sich unter Umständen entwickeln wird, die es ermöglichen, die Erfahrung und die Hilfe der siegreichen Revolution in der Sowjetunion auszunützen.

Ob dieser Weg ganz bestimmt und unbedingt siegen wird, das hängt von vielen Umständen ab. Eines ist jedenfalls klar, daß der Kampf gerade für diesen Weg der Entwicklung der chinesischen Revolution die Hauptaufgabe der chinesischen Kommunisten ist.

Daraus ergibt sich die Aufgabe der chinesischen Kommunisten in der Frage des Verhältnisses zur Kuo-Min-Tang und zur zukünftigen revolutionären Macht in China. Man sagt, die chinesischen Kommunisten müßten aus der Kuo-Min-Tang austreten. Das ist eine Dummheit, Genossen. Der Austritt der chinesischen Kommunisten aus der Kuo-Min-Tang wäre der größte Fehler. Der ganze Verlauf der chinesischen Revolution, deren Charakter, deren Perspektiven sprechen unzweifelhaft dafür, daß die chinesischen Kommunisten in der Kuo-Min-Tang verbleiben und dort ihre Arbeit verstärken müssen. Kann aber die chinesische Kommunistische Partei an der zukünftigen revolutionären Regierung teilnehmen? Nicht nur kann sie, sie muß es. Der Verlauf der Revolution in China, ihr Charakter, ihre Perspektiven sprechen beredt dafür, daß die chinesische Kommunistische Partei an der zukünftigen revolutionären Regierung Chinas teilnehmen muß. Das ist eine der notwendigen Garantien dafür, daß die Hegemonie des chinesischen Proletariats voll und ganz verwirklicht wird.

5. Die Bauernfrage in China

Die vierte Bemerkung betrifft die Frage der Bauernschaft in China. Genosse Mif glaubt, daß man sofort die Losung der Bildung von Sowjets, von Bauernsowjets auf dem flachen Lande in China aufstellen müsse. Ich glaube, das ist ein Fehler. Genosse Mif eilt voraus. Man kann nicht Sowjets auf dem flachen Lande bauen unter Umgehung der Industriezentren in China. Indessen steht die Frage der Organisation von Sowjets in den chinesischen Industriezentren vorläufig noch nicht auf der Tagesordnung. Außerdem muß man im Auge behalten, daß man die Sowjets nicht außerhalb des Zusammenhanges mit der ganzen Situation betrachten darf. Sowjets, gegebenenfalls Bauernsowjets, könnte man nur dann organisieren, wenn China eine Periode des höchsten Aufschwunges der Bauernbewegung durchmachen würde, die das Alte zerbricht und eine neue Macht schafft, unter der Annahme, daß die Industriezentren Chinas den Damm bereits durchbrochen haben und in die Phase der Bildung der Sowjetmacht eingetreten sind. Kann man sagen, daß die chinesische Bauernschaft und überhaupt die chinesische Revolution schon in diese Phase eingetreten sind? Nein, das kann man nicht. Deshalb heißt es, der Entwicklung vorauszuweichen, jetzt schon von

Sowjets zu sprechen. Jetzt muß man nicht die Frage der Sowjets, sondern die der Bildung von Bauernkomitees stellen. Ich meine solche Komitees, die von den Bauern gewählt, die imstande sind, die Grundforderungen der Bauernschaft zu formulieren, und die alle Maßnahmen ergreifen sollen, um die Verwirklichung dieser Forderungen auf revolutionäre Weise durchzusetzen. Diese Bauernkomitees müssen jene Achse bilden, um die herum die Revolution im Dorfe sich entfalten wird.

Ich weiß, daß unter den Kuo-Min-Tang-Leuten und selbst unter den chinesischen Kommunisten Leute vorhanden sind, die eine Entfesselung der Revolution im Dorfe nicht für möglich halten, aus Furcht, daß die Hineinziehung der Bauernschaft in die Revolution die antiimperialistische Einheitsfront sprengen würde. Das ist der größte Irrtum, Genossen. Die antiimperialistische Front in China wird um so stärker und mächtiger sein, je schneller und gründlicher die chinesische Bauernschaft in die Revolution hineingezogen wird. Die Verfasser der Thesen, besonders aber Genosse Tan-Ping-Schan und Genosse Rafes haben vollkommen recht, wenn sie behaupten, daß die sofortige Befriedigung einer Reihe der dringendsten Bauernforderungen die unerläßliche Voraussetzung für den Sieg der chinesischen Revolution sei. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, jene Trägheit und jene „Neutralität“ gegenüber der Bauernschaft zu brechen, die in den Handlungen gewisser Elemente der Kuo-Min-Tang zu bemerken sind. Ich glaube, daß sowohl die Kommunistische Partei Chinas als auch die Kuo-Min-Tang, also auch die Kantonregierung, unverzüglich von den Worten zur Tat übergehen und die Frage der Befriedigung der lebenswichtigsten Forderungen der Bauernschaft jetzt schon stellen müssen. Welche Perspektiven in dieser Hinsicht sich eröffnen und bis zu welcher Grenze man gehen kann und soll — das hängt vom Verlauf der Revolution ab. Ich glaube, daß man die Sache letzten Endes zur Nationalisierung des Grund und Bodens treiben muß. Jedenfalls können wir auf eine solche Losung, wie die der Nationalisierung des Grund und Bodens, nicht verzichten.

Welche Wege haben die chinesischen Revolutionäre einzuschlagen, um die nach vielen Millionen zählende Bauernschaft Chinas für die Revolution zu mobilisieren?

Ich glaube, daß man unter den gegebenen Verhältnissen nur von drei Wegen sprechen kann.

Der erste Weg — das ist der Weg der Bildung von Bauernkomitees und des Eindringens der chinesischen Revolutionäre in diese Komitees, um auf die Bauernschaft einzuwirken. (Zuruf: Und die Bauernbünde?) Ich glaube, daß die Bauernbünde sich um die Bauernkomitees gruppieren werden, oder die Bauernbünde werden sich in Bauernkomitees verwandeln, mit diesen oder jenen Machtbefugnissen ausgestattet, die notwendig sind, um die Bauernforderungen durchzusetzen. Ueber diesen Weg habe ich bereits gesprochen. Aber dieser Weg genügt nicht. Es wäre lächerlich anzunehmen, daß in China die Zahl der Revolutionäre für diese Sache ausreichen würde. In China gibt es eine Bevölkerung von rund 400 Millionen. Davon sind 350 Millionen Chinesen. Davon mehr als neun Zehntel Bauern. Anzunehmen, daß einige Zehntausende chinesische Revolutionäre diesen Ozean der Bauernschaft ausschöpfen könnten, heißt einen Irrtum begehen. Also muß man auch noch andere Wege suchen.

Der zweite Weg — das ist der Weg der Einwirkung auf die Bauernschaft durch den Apparat der neuen volksrevolutionären Macht. Es ist unzweifelhaft, daß in den neuen befreiten Provinzen eine neue Macht nach dem Muster der Kantonregierung entstehen wird. Es ist unzweifelhaft, daß diese Macht und der Apparat dieser Macht, wenn sie die Revolution wirklich vorwärts treiben wollen, die dringlichsten Forderungen der Bauernschaft werden befriedigen müssen. Die Aufgabe der Kommunisten und überhaupt der Revolutionäre in China besteht nun darin, in den Apparat der neuen Macht einzudringen, diesen Apparat den Bauernmassen näher zu bringen und den Bauernmassen zu helfen, mit Hilfe dieses Apparates ihre dringlichsten Forderungen zu befriedigen, sei es durch die Enteignung der Ländereien der Gutsbesitzer, sei es durch die Herabsetzung der Steuern und des Pachtzinses — je nach den Umständen.

Der dritte Weg besteht in der Einwirkung auf die Bauernschaft durch die revolutionäre Armee. Ich habe schon von der überaus wichtigen Bedeutung der revolutionären Armee in der chinesischen Revolution gesprochen. Die revolutionäre Armee Chinas bildet jene Kraft, die als erste in die neuen Provinzen eindringt, die als erste durch die Dicke der Bauernschaft hindurchgeht, und nach der vor allem der Bauer sich seine Meinung über die neue Macht, über ihre schlechten bzw. guten Eigenschaften bildet. Von der Haltung der revolutionären Armee, von ihrem Verhalten gegenüber der Bauernschaft und gegenüber den Gutsbesitzern, von ihrer Bereitschaft, den Bauern zu helfen, hängt in erster Linie das Verhalten der Bauernschaft gegenüber der neuen Macht, gegenüber der Kuo-Min-Tang und überhaupt gegenüber der Revolution in China ab. Wenn man im Auge behält, daß genug zweifelhafte Elemente sich an die revolutionäre Armee in China angediebert haben, daß diese Elemente die Physiognomie der Armee zum Schlechteren verändern können, dann wird man begreifen, welche große Bedeutung die politische Physiognomie der Armee und sozusagen ihre Bauernpolitik in den Augen der Bauernschaft hat. Deswegen müssen die Kommunisten und überhaupt die Revolutionäre Chinas alle Maßnahmen treffen, um die bauernfeindlichen Elemente der Armee zu neutralisieren, der Armee ihren revolutionären Geist zu bewahren und die Sache dahingleiten, daß die Armee den Bauern helfe und sie für die Revolution mobilisiere. Man sagt, daß die Revolutionsarmee in China mit ausgebreiteten Armen empfangen wird, daß aber später, nachdem die Armee sich festgesetzt hat, eine gewisse Enttäuschung eintritt. Dasselbe war auch bei uns in der Sowjetunion während des Bürgerkrieges der Fall. Das erklärt sich dadurch, daß die Armee, indem sie neue Provinzen befreit und sich dort festsetzt, gezwungen ist, sich so oder anders auf Kosten der sie umgebenden Bevölkerung zu ernähren. Uns, den Sowjetrevolutionären, gelang es gewöhnlich, diese Nachteile dadurch wettzumachen, daß wir uns bemühten, den Bauern durch die Armee gegen die Gutsbesitzerelemente zu helfen. Es ist notwendig, daß auch die chinesischen Revolutionäre es lernen, diese Nachteile durch die Durchführung einer richtigen Bauernpolitik mit Hilfe der Armee wettzumachen.

Das sind die Wege und Anknüpfungspunkte, mit deren Hilfe es möglich sein wird, in China eine richtige Bauernpolitik durchzuführen.

6. Das Proletariat und die Hegemonie des Proletariats in China

Die fünfte Bemerkung bezieht sich auf die Frage des chinesischen Proletariats. Ich glaube, daß in den Thesen die Rolle und die Bedeutung der chinesischen Arbeiterklasse nicht genügend unterstrichen wird. Genosse Rafes fragt: Auf wen sollen sich die chinesischen Kommunisten orientieren — auf die Linken oder auf das Zentrum der Kuo-Min-Tang? Eine sonderbare Frage. Ich glaube, daß die chinesischen Kommunisten sich auf das Proletariat und die in der Befreiungsbewegung in China Tätigen, auf die Revolution orientieren müssen. Nur dann wird die Frage richtig gestellt sein. Ich weiß, daß es unter den chinesischen Kommunisten Genossen gibt, die Arbeiterstreiks zur Verbesserung ihrer materiellen und rechtlichen Lage für nicht wünschenswert halten und den Arbeitern abgeraten haben, Streiks zu machen (Zuruf: Das war in Kanton und Schanghai der Fall). Das ist ein großer Fehler, Genossen. Das ist eine sehr ernsthafte Unterschätzung der Rolle und des spezifischen Gewichts des Proletariats in China. Dies muß in den Thesen festgestellt werden als eine unbedingt negative Erscheinung. Es wäre ein großer Fehler, wenn die chinesischen Kommunisten die jetzige günstige Situation nicht dazu benützen würden, um den Arbeitern zu helfen, ihre materielle und rechtliche Lage zu verbessern, und sei es auch durch Streiks. Wozu haben wir denn eine Revolution in China! Ein Proletariat, dessen Söhne von den Agenten des Imperialismus bei Streiks geprügelt und mißhandelt werden, kann kein Führer sein. Dieses mittelalterliche Uebel muß um jeden Preis zerstört werden, damit unter den chinesischen Proletariern das Kraftgefühl gehoben wird, das Gefühl der eigenen Würde, und sie damit für die Hegemonie in der Revolution befähigt werden. Ohnedem ist an einen Sieg der Revolution in China nicht zu denken. Deshalb müssen die wirtschaftlichen und rechtlichen Forderungen der Arbeiterklasse Chinas, die auf eine ernsthafte Verbesserung ihrer Lage gerichtet sind, in den Thesen einen gebührenden Platz finden (Genosse Mif: Darüber wird in den Thesen gesprochen). Jawohl, es wird darüber in den Thesen gesprochen, aber leider sind diese Forderungen nicht genügend hervorgehoben.

7. Die Frage der Jugend in China

Die sechste Bemerkung betrifft die Frage der Jugend in China. Merkwürdig, daß in den Thesen diese Frage nicht berücksichtigt ist. Indessen ist die Frage der Jugend in China jetzt von außerordentlich wichtiger Bedeutung. In den Referaten des Genossen Tan-Ping-Schan wird zwar über diese Frage gesprochen, aber leider wird sie nicht genügend hervorgehoben. Die Frage der Jugend hat jetzt in China erstklassige Bedeutung. Die studierende Jugend (revolutionäre Studenten), die Arbeiterjugend, die Bauernjugend — das alles ist eine solche Kraft, die die Revolution mit Riesenschritten nach vorwärts drängen könnte, wenn man die Jugend unter den ideologischen und den politischen Einfluß der Kuo-Min-Tang bringt. Es muß im Auge behalten werden, daß niemand die imperialistische Bedrückung so tiefgehend und lebendig durchlebt, niemand so scharf und schmerzhaft die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bedrückung empfindet, wie die

Jugend in China. Dieser Umstand muß von der chinesischen Kommunistischen Partei und den chinesischen Revolutionären in jeder Hinsicht berücksichtigt werden im Sinne einer allseitigen Verstärkung der Arbeit unter der Jugend. Auch die Jugend muß ihren Platz in den Thesen zur chinesischen Frage finden.

8. Einige Schlußfolgerungen

Ich möchte zwei Schlußfolgerungen ziehen — hinsichtlich des Kampfes gegen den Imperialismus in China und hinsichtlich der Bauernfrage.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die chinesische Kommunistische Partei sich jetzt nicht auf die Forderung nach Aufhebung der ungleichen Verträge beschränken kann. Für diese Forderung tritt jetzt sogar ein solcher Konterrevolutionär ein, wie Tschan-Suen-Lyan. Es ist offenbar, daß die chinesische Kommunistische Partei weiter gehen muß. Man muß sich als Perspektive die Frage der Nationalisierung der Eisenbahnen stellen. Das ist notwendig und darauf muß die Sache angelegt werden. Man muß weiter die Perspektive der Nationalisierung der wichtigsten Fabriken im Auge behalten. Dabei taucht vor allem die Frage der Nationalisierung jener Unternehmungen auf, deren Besitzer sich durch besondere Feindseligkeit und besondere Aggressivität gegenüber dem chinesischen Volke auszeichnen.

Man muß ferner die Bauernfrage vorwärtsbringen, indem man sie mit der Perspektive der Revolution in China verbindet. Ich glaube, daß die Sache letzten Endes auf die Nationalisierung des Grund und Bodens angelegt werden muß.

Alles übrige versteht sich von selbst.

EINE ANTWORT AN DIE RENEGATEN

Die fünf Führer der deutschen Ultralinken, Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem und Schwan, die wegen ihrer unerhörten desorganisatorischen Arbeit aus der Partei ausgeschlossen wurden, haben dem Erweiterten Plenum des EKKI einen gemeinsamen politischen Protest gegen ihren Ausschluß aus der Partei eingereicht.

Schwerlich kann man sich ein Dokument denken, das jämmerlicher, prinzipienloser wäre als dieses, und einen deutlicheren Beweis für den politischen Bankrott seiner Verfasser liefern würde. Hat zum Beispiel das Memorandum von Urbahns und dasjenige der „Wedding-Opposition“ wenigstens den Versuch gemacht, prinzipielle Fragen anzuschneiden, eine bestimmte politische Plattform aufzustellen, bestimmte prinzipielle politische Anklagen zu erheben, so würden wir in der ellenlangen Erklärung der fünf ultralinken Apostel vergeblich nach etwas suchen, was auch nur in entferntester Weise einer Darlegung ihres Standpunktes zu den überaus wichtigen, kardinalen Fragen, die heute vor der Komintern und der KPD stehen, ähnlich sieht.

Die Verfasser der Protesterklärung behaupten prahlerisch, „fortwährend betont“ zu haben, daß „die KP ihre Grundsätze klarer und bewußter . . .

hervorkehren muß, um liquidatorischen, sozialdemokratischen und kleinbürgerlichen Einflüssen gegenüber gewappnet zu sein“.

Trotzdem enthält die Erklärung der fünf Ultralinken keine einzige Formulierung prinzipieller Auffassungen oder Meinungsverschiedenheiten. Wo sind doch eure „Prinzipien“ geblieben, ihr Herren Renegaten? Oder bestehen sie nur darin, gegen die KPD und die Komintern Insinuationen und Verleumdungen auszustreuen? In diesem Falle sind es aber gar nicht eure eigenen Prinzipien! Auch sie sind von den Menschewiken, von Levi, von Katz u. a. ideologischen Vorläufern des ultralinken Renegatentums erborgt und erstohlen.

In ihrem verzweifelten Versuch, wenigstens durch verleumderische Begeiferung und hysterisches Gezeter die Aufmerksamkeit der kommunistischen Arbeiter auf sich zu lenken, die aber den ultralinken Parteispaltern schon längst den Rücken gekehrt und sich mit dem Gesicht der wirklichen revolutionären Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften, zur Organisation der Arbeitslosen, zum Kampf gegen die Versuche der Bourgeoisie, unter dem Deckmantel der Rationalisierung die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabzudrücken, zum Zusammenschluß aller Werktätigen unter der Leitung des Proletariats zugewandt haben, — ist die Renegaten-Fünfergruppe bestrebt, die sachliche Arbeit, den wirklichen revolutionären Kampf durch Fraktionsgezänk, durch Stänkereien, durch Verleumdungen der Partei und ähnliche herrliche Methoden der revolutionären „Ehrenrettung“ der KPD und der Komintern zu ersetzen. Ihr ganzes Unglück besteht darin, daß sie das grundlegende Faktum der innerparteilichen Geschichte der KI der letzten Monate nicht verstehen: Die kommunistischen Arbeiter sind an der ultralinken Ideologie bereits vorbeigegangen, die ultralinken Führer sind der Arbeiterklasse Deutschlands bereits zur Vergangenheit geworden. Sie aber bilden sich noch immer ein, im Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit der Komintern zu stehen. Ihr irrt euch, Freunde, ihr irrt euch ganz gewaltig! Ihr seid schon zerschlagen — sowohl ideologisch, als auch organisatorisch; eure parteischädigende Arbeit ist schon überwunden, die Partei ist auf dem Wege des revolutionären Massenkampfes schon weitergegangen, während ihr nicht nur weit hinten, abseits von der großen Heerstraße des Kommunismus, im Sumpf des kleinbürgerlichen Pseudo-Radikalismus stecken geblieben seid, sondern noch mehr — immer tiefer und tiefer in den Sumpf versinkt, euch nach rückwärts, vom Leninismus zum Menschewismus bewegt! Ihr fühlt es ja selbst, ihr versteht es, daß im Prozeß ihrer praktischen Arbeit die deutschen Kommunisten euch ganz einfach bald vergessen werden, und so schreit ihr denn, schreit aus Leibeskräften, um wenigstens auf diesem Wege die Konsolidierung der deutschen Partei, die Konsolidierung der Komintern, jene Konsolidierung, die ohne euch und gegen euren Willen sich vollzieht, nach Kräften zu hindern.

Dank diesem ganzen Geschrei tritt jedoch eines mit immer größerer Deutlichkeit zutage: während die KPD und die Komintern von der Diskussion mit den Ultralinken zu einer höheren Stufe, zur praktischen Massenarbeit, zur vertieften Analyse der heutigen Situation der kapitalistischen Welt, zur Entwerfung der nächsten Aufgaben des revolutionären Kampfes emporsteigen, — sinken die Ultralinken auf eine tiefere Stufe hinab: von Versuchen prinzipieller Auseinandersetzungen über politische Fragen zentraler

Bedeutung rutschen sie unaufhaltsam ab zu wüstem Geschimpfe, zu persönlichen Ausfällen (z. B. Untersuchungen darüber, wieviel proletarisches Blut in den Adern einzelner Mitarbeiter der KI ströme usw.), zu verlogenen Beschuldigungen der KPD und der Komintern, zum Totschweigen der wirklichen Differenzpunkte, z. B. der „russischen Frage“, des Verhaltens gegenüber Konterrevolutionären vom Schlage der Korsch, der Anwendung der Einheitsfront im Zusammenhang mit den neuen Formen der Radikalisierung der Arbeiterklasse usw. Ist denn diese Tatsache an und für sich kein deutlicher Beweis dafür, daß die Ultralinken die letzten Reste ihres geistigen Ideengehalts, der übrigens niemals besonders reich gewesen ist, eingebüßt haben?

Worin bestehen aber die spärlichen Brocken politischen Denkens, die sich mit Mühe aus der schnoddrigen und hemmungslosen „Kritik“ der protestierenden Fünfe herausfischen lassen? Vor allem enthält dieses Memorandum ein mit „kühnen“ und „saftigen“ Strichen entworfenes Bild der inneren Lage des revolutionären Proletariats und seiner Vorhut, der Komintern. Partei und Komintern stehen angeblich mitten in einer schweren Krise —, dies ist die erste These des „Protestes“. Ist denn „allein die Tatsache“, daß die fünf ultralinken Apostel aus dem ZK der KPD und aus der Partei ausgeschlossen sind, ist denn diese „erschütternde“ Tatsache ein Beweis dieser Krise? „Diese Krise steht in Zusammenhang mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und der damit verbundenen revolutionären Ebbe“. Die Verfasser des „Protestes“ halten die „mit jeder revolutionären Ebbe verbundenen liquidatorischen (im Original unterstrichen) Strömungen im Proletariat“ für unbestreitbar. Diesem „liquidatorisch“ gesinnten Proletariat steht eine Komintern zur Seite, die, ihrer ultralinken Meinung nach, auch nicht viel besser und ebenfalls unter den Einfluß „liquidatorischer Strömungen“ geraten ist, die, wie die Ultralinken „diplomatisch“ andeuten, auch für „die höchsten Spitzen“ gefährlich sind. „Die Gesamtpolitik der Komintern in Deutschland, mit Ausnahme der dieser Generallinie wesensfremden Episode vor und nach Frankfurt“ ist nichts anderes als „eine schwächliche Rückzugsstrategie und faktisch eine ewige Anbiederei an die Sozialdemokratie“ . . .

Der Leser ist vielleicht etwas verblüfft: „Die Gesamtpolitik der Komintern“ (in Deutschland) ist nichts anderes als eine „ewige Anbiederei an die Sozialdemokratie!“ Das ist ein „starker“ Ausdruck! Es handelt sich nicht um einen einzelnen Fehler, nicht um eine falsche Linie von einigen Wochen, sondern, wie aus dem Zusammenhang klar hervorgeht, um eine vieljährige „Generallinie“. Der Frankfurter Parteitag, der mit der „Frankfurter Episode“ gemeint ist, fand 1924 statt. Er war, um den Ultralinken zu glauben, ein lichter Punkt in der grundfalschen Generallinie der Komintern. Also war diese falsche Linie auch vor und nach dem Parteitag vorhanden, d. h. während einer Reihe wichtigster Entwicklungsjahre der Partei. Es ist uns eigentlich ganz unverständlich, wie die Verfasser des „Protestes“, angesichts solcher Zustände, nicht nur Mitglieder dieser Kommunistischen Internationale sein, sondern überhaupt etwas mit ihr zu tun haben konnten. Es ist ja klar, daß es viel besser ist, Sozialdemokrat zu sein, als sich der Sozialdemokratie „anzubiedern“. Vielleicht aber haben diese armen Ultralinken eben erst — gestern oder gar heute — diesen traurigen Kern der Kominternpolitik

erkannt? Aber meine lieben Herren! Wenn dem so ist, lohnt es sich überhaupt, gleich am nächsten Tag nach dieser Entdeckung an dieselbe Komintern, die sich unaufhörlich „an die Sozialdemokratie anbietet“, Proteste zu richten? Warum verlangt ihr überhaupt die Annullierung eures Ausschlusses aus den Reihen einer derartigen Internationale und schließt euch lieber nicht gleich der jeder „Anbiederung“ fernstehenden II. Internationale an?

Doch genug der Zweifel. Was soll man von Leuten verlangen, denen möglichst lautes und durchdringendes Geschrei die erste Regel ihrer politischen Aktionen ist? Sie sind nicht zu logischem Denken verpflichtet.

Somit sehen wir in einer Situation „der revolutionären Ebbe“ angeblich unten „liquidatorische Strömungen im Proletariat“, oben — die Komintern mit ihrer liquidatorischen „Generallinie“ und der „Anbiederung an die Sozialdemokratie“. Es darf uns nicht wundernehmen, daß auch das Mittelglied, die deutsche Partei, eine Ausgeburt der kleinbürgerlichen Hölle, nicht aber eine revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse ist. An ihrer Spitze stehen heute diejenigen, „die den Kurs geändert haben und unter fadenscheinigen „linken Redensarten“ ultrarechte(wenn auch nicht konsequente) Politik treiben, wie die armseligen Reste der Thälmann-Gruppe.“ „Das, was in der KPD seit dem „Offenen Brief“ des EKKI vor sich gegangen ist, ist ebenfalls politisch unerklärlich, außer durch bewußte Liquidationsabsichten“.

Die Erfolge der Partei? Die 15 Millionen Stimmen, die bei der Volksabstimmung von Werktätigen für die Losungen der KPD abgegeben wurden? Die jüngsten Wahlen zum sächsischen Landtag? Die Bewegung zugunsten des Werktätigen-Kongresses? Die Erfolge bei der Organisation der Arbeitslosen? Die — zwar langsame — Zunahme der KPD-Mitgliedschaft? Der teilweise gestiegene Einfluß der KPD in den Gewerkschaften? Das alles wird von den ultralinken „Protestanten“ einfach ignoriert. Statt dessen sehen sie das, was sie gerne sehen möchten: nach dem „Offenen Brief“ des EKKI ist alles in die Brüche gegangen, „niemand glaubt auch nur ein Wort über die angeblichen Erfolge unserer Partei und über ihre Konsolidierung“. Im Gegenteil. „Jeder, dem es ernst ist um die Sache des Kommunismus, sieht mit Zähneknirschen, wie sich die Sozialdemokratie gefestigt hat, wie sie und mit ihr die Bourgeoisie jede Furcht vor der KPD verloren hat, wie die Bourgeoisie es sich gestatten kann, „großmütig“ auf den jahrelang vorbereiteten Zentraleprozeß nach einigen Bittgängen der Beteiligten zu verzichten*, wie das gesamte Parteileben erstorben ist, wie die Partei nur noch durch den Apparat existiert“.

Diese verleumderische Charakteristik der Partei, in der etwa 150 000 der besten deutschen Proletarier organisiert sind, wird von Ruth Fischer und

* Diese letzte Behauptung ist eine offene Lüge, d. h. das bei den Ultralinken so beliebte Mittel zur Diskreditierung der Partei. Erstens ist der Prozeß gegen das ZK nicht eingestellt, sondern nur verschoben, zweitens hat sich die Bourgeoisie dazu bequemt, gerade aus Furcht vor politischen Komplikationen im Zusammenhang damit, daß sich dieser Prozeß auf eine kommunistische Tätigkeit bezieht, die bereits einige Jahre zurückliegt, in die Zeit vor der Amnestie fällt. Drittens aber schien es der Bourgeoisie, mit Rücksicht auf den jüngsten Prozeß der „Schwarzen Reichswehr“, nicht geboten, eine Reihe von Fragen aufzurollen, die im ZK-Prozeß unvermeidlich zur Sprache gekommen wären.

Maslow in einer besonderen Erklärung („erneuter Einspruch“) folgendermaßen ergänzt: „Wenn auch subjektiv die Verantwortlichen für diesen Kurs keine Agenten der Bourgeoisie sind, so spiegelt sich die objektive Wirkung ihres Kurses im Verhältnis der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie zu unserer Partei wider. Da ist keine Spur von Achtung, keine Spur von Furcht vor der KPD mehr vorhanden, sondern nur noch Schadenfreude über den Verfall und die Zersetzung, welche die Normalisatoren und die Parteidemokraten des EKKI-Briefes angerichtet haben“.

So spiegelten sich in den Köpfen der Ultralinken die Stimmungen des Proletariats, die Linie der Komintern und die Lage in der KPD wider. Wie soll man da nicht der Worte Lenins gedenken, die Kleinmütigen glaubten immer, im feindlichen Lager sei alles in bester Ordnung, alles schön und gut, bei uns dagegen — alles schlecht, alles mangelhaft und betäubend.

Der einzige lichte Punkt in diesem finsternen Abgrund des Liquidatorentums ist nach dem bescheidenen Dafürhalten der „Protestanten“ . . . ihre eigene Wenigkeit.

„Wir, als Sprecher der wirklich revolutionär und kommunistisch gesinnten Teile unserer Partei, haben seit 1921 immer und immer wieder auf die liquidatorischen Tendenzen in unserer Partei hingewiesen. Wir sahen diese Tendenzen schon 1921 . . . Wir waren es, die nach der Katastrophe von 1923 die Partei, die völlig desorganisiert war, sammelten“; und so geht es weiter zwei Seiten lang. Zwei Seiten hindurch zählen die Verfasser des „Protestes“ alles auf, was „wir“ getan haben und setzen den ganzen Kampf der Komintern gegen die rechten Abweichungen, die ganze Linie des 5. Kongresses, die ganze Anleitung der Partei durch die Komintern, ihre ganzen Erfolge im Jahre 1924 und in der ersten Hälfte 1925 usw. freigebig auf eigene Rechnung. Es ist daher nicht verwunderlich, daß, nach dieser Gegenüberstellung der verdienstvollen, wahrhaft revolutionären Ultralinken und der ringsum herrschenden allgemeinen Liquidationsströmungen, die Verfasser stolz erklären, daß die „linken Stimmungen und Strömungen innerhalb der Partei organisiert werden mußten und organisiert wurden“ — augenscheinlich in Fraktionen innerhalb der Partei und in den Korsch-Katz-Gruppierungen außerhalb der Partei.

Nachdem nun Proletariat, Komintern und KPD auf diese Weise angeschwärzt, die Ultralinken in den Himmel gehoben und ihre Fraktionsmacherei gerechtfertigt ist, geben sich die ultralinken Renegaten nicht einmal die Mühe, die von ihnen erhobenen Beschuldigungen und ihre Beurteilung der Lage in der Komintern zu begründen. Der einzige Passus des „Protestes“, der einigen gedanklichen Inhalt aufweist, ist folgender:

„Das, was unter dem Schlagwort „Einheitsfronttaktik“ getrieben wurde, hat, wie nur Heuchler bestreiten können, in den kommunistischen Parteien die Grundsätze verdunkelt, ja im Bewußtsein der Mitglieder fast völlig verdrängt. Da die Fluktuation in unserer Partei sehr groß ist, so haben die Mitglieder, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, keine Ahnung von den Grundsätzen des Kommunismus, zumal die kommunistische Internationale, und nicht aus Zufall, kein Programm besitzt. Für sie besteht die Endlösung im Schlagwort „Arbeiter- und Bauernregierung“, und der Kommunismus erschöpft sich in dem unklaren Begriffe „Einheitsfront“.

Durch diese Kanäle strömen die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Einflüsse, zunächst in sozialdemokratischer Form, in die Partei“.

Was ist der langen Rede kurzer Sinn, wenn sie überhaupt einen Sinn hat? Abgesehen von dem lächerlichen Versuch, mit geheimnisvollem Augenzwinkern darauf zu spekulieren, daß die Formulierung des Komintern-Programms noch nicht abgeschlossen ist, besteht der Sinn dieses Zitats vor allem darin, daß die Taktik der Einheitsfront zu einer „die Grundsätze verdunkelnden“ und selbst „im Bewußtsein der Mitglieder fast völlig verdrängenden“ erklärt wird. Zweitens darin, daß diese Einheitsfront als „unklarer Begriff“ bezeichnet wird. Drittens darin, daß die Verfasser des „Protestes“ sich als alte Bolschewisten gebärden, — was ihnen, diesen wildgewordenen Kleinbürgern gar nicht zu Gesicht steht — und erklären, daß die in den letzten Jahren zur Partei gekommenen Mitglieder, weil sie mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung und der Einheitsfronttaktik erzogen werden, „keine Ahnung von den Grundsätzen des Kommunismus“ haben und der Kanal sind, durch den der kleinbürgerliche sozialdemokratische Einfluß in die Partei eindringt. Mit anderen Worten ist die ganze ultralinke „Weisheit“ gegen die Einheitsfronttaktik, gegen diese Hauptwaffe zur Eroberung der breiten Arbeitermassen, zu ihrer Befreiung vom reformistischen Einfluß gerichtet. Die Ultralinken stellen diese Taktik „den Grundsätzen der Kommunistischen Partei“ entgegen. Die ultralinken „Protestanten“ stehen auf dem Standpunkt, daß gerade durch diese Taktik der bürgerliche Einfluß in die Partei eindringt, da die neuen Parteimitglieder, die an Hand der Erfahrungen der Einheitsfronttaktik erzogen werden, nicht imstande sind, die Grundsätze des Kommunismus sich zu eigen zu machen. Mit anderen Worten, die Ultralinken demonstrieren erneut ihren Hauptfehler, ihr Unvermögen, in den breiten Massen, mit den breiten Massen um den Kommunismus so zu kämpfen, daß dieser Kampf dem schlichten Arbeiter verständlich ist, und daß die revolutionäre proletarische Vorhut die breitesten Schichten zunächst der Arbeiter, später auch aller Werktätigen um sich scharf. Die zitierten Worte zeigen somit erneut, daß die ultralinken Führer die zentralen revolutionären Aufgaben der europäischen kommunistischen Parteien immer noch nicht verstehen, daß sie noch immer bestrebt sind, die kommunistischen Parteien in zünftige, d. h. nicht revolutionäre, der Lösung der wahren Aufgaben der proletarischen Revolution nicht gewachsene Sektiererorganisationen zu verwandeln.

Außerdem aber demonstrieren sie in ihrem „Protest“ noch eine weitere alte Eigenschaft: Prinzipienlosigkeit und Konfusionsgeist. Nur zwei Beispiele: erstens bezeichnen die fünf ultralinken den bekannten „Offenen Brief“ des EKKI als Dokument, welches „seine Blöße mit Fetzen und Resten linker Redensarten verdecken will“ und „mit den wirklichen linken Stimmungen der Arbeiter spielt“. In einer Reihe anderer Punkte des „Protestes“ wird der „Offene Brief“ des EKKI als der Ausgangspunkt des liquidatorischen Umschwungs in der KPD betrachtet. Diese Erklärungen werden von derselben Ruth Fischer unterschrieben, die vor weniger als einem Jahre den „Offenen Brief“ des EKKI mit unterschrieben hat. Wie kann das anders als mit Prinzipienlosigkeit bezeichnet werden?

Zweitens haben wir bereits einzelne Fälle angeführt, in denen die ultralinken Führer von der relativen Stabilisierung sprechen und eine Reihe von Tatsachen aus der gegenwärtigen Arbeiterbewegung mit ihr in Verbindung

bringen. Wenn aber im ersten Punkte des „Protestes“ die relative Stabilisierung den Ausgangspunkt aller Ausführungen der Ultralinken bildet, so lesen wir im sechsten, letzten Punkt des „Protestes“, von einer „scheinbaren Stabilisierung des Kapitalismus“. Kurz — auf einem Raum von 5 Seiten hat sie die reale Stabilisierung in eine scheinbare verwandelt.

Ein wundervoll logisches und konsequentes Denken!

Die ultralinken Führer fühlen und wissen, daß das Proletariat ihr Verhalten brandmarkt, sie als Renegaten und Agenten der Bourgeoisie bezeichnet. So versuchen nun Maslow und Ruth Fischer in ihrem „erneuten Einspruch“, diesen schmachvollen, aber wohlverdienten Namen abzuschütteln. Sie schreiben: „Mit Entrüstung weisen wir die elende Verleumdung zurück, wir seien ‚Renegaten‘ und ‚Agenten der Bourgeoisie‘. Obwohl ein jeder versteht, daß es sich hierbei lediglich um ein Fraktionsmanöver handelt, stellen wir fest: a) Renegaten nennt man solche Leute, die ihre Anschauungen wechseln und ihre früheren Anschauungen bespucken. Niemand wird uns dergleichen auch nur mit einer Spur von Vernunft zuschreiben können“.

Die Verfasser des „Protestes“ hoffen, durch solche energische Erklärungen die Welt überzeugen zu können, daß der Name „Renegaten“ auf sie nicht paßt. Ihr wollt wissen, warum ihr Renegaten seid? Ihr wollt wissen, worin ihr eure „Anschauungen gewechselt“ habt und eure „früheren Anschauungen bespuckt“? Die Antwort auf diese Frage ist sehr leicht. Mehrere Jahre hindurch wart ihr Mitglieder der KPD und der Komintern. Im Laufe dieser Jahre habt ihr im großen und ganzen ihre politische Linie durchgeführt, euch ihren Resolutionen angeschlossen und selbst einige ihrer Dokumente unterschrieben — so z. B. den „Offenen Brief des EKKI“. Heute aber schreibt ihr, daß die Komintern „sich ewig an die Sozialdemokratie anbietet“. Ihr verleumdet die Komintern, indem ihr ihre „Generallinie“ als „schwächliche Rückzugsstrategie“ bezeichnet. Ihr schleudert Blitze gegen den Brief des EKKI, den ihr selbst mit unterschrieben habt. Wie wagt ihr es danach, zu leugnen, daß ihr eure „Anschauungen wechselt“, eure „früheren Anschauungen bespuckt“, und daß die Bezeichnung „Renegaten“, in der von euch selbst gegebenen Definition dieses Begriffes auf euch paßt? Doch nicht genug damit. Ihr seid auch deshalb Renegaten, weil ihr die parteispalterische Fraktionsarbeit, die darauf ausgeht, die Komintern zu zersetzen, rechtfertigen wollt. Ist denn die Erklärung: in der bolschewistischen Partei sind Fraktionen allerdings von Schaden, aber die KPD ist gar keine bolschewistische Partei, — ist eine solche Erklärung keine offene Rechtfertigung der Fraktionsarbeit? Ist denn eure Erklärung, daß „die linken Stimmungen und Strömungen in der Partei organisiert werden mußten und organisiert wurden“ kein Versuch, die antibolschewistische Fraktionsmacherei zu begründen? Weiter. Eure beiden Protesterklärungen enthalten genug der schärfsten Ausfälle gegen die KPD und die Komintern, aber kein einziges Wort der Verurteilung gegenüber Korsch, Schwarz und der übrigen konterrevolutionären „ultralinken“ Gesellschaft! Man hat euch beschuldigt, und man beschuldigt euch auch heute noch, daß ihr mit ihnen in ideologischer und organisatorischer Verbindung steht. Die Antwort, die ihr darauf gebt, ist — Schweigen. Dadurch gebt ihr selber die Richtigkeit dieser Beschuldigungen zu. Dadurch zeigt ihr der ganzen proletarischen Welt, daß ihr tatsächlich ein Glied der allgemeinen „ultralinken“ Renegatenkette seid, die mit Katz beginnt, und mit

Ruth Fischer & Co. schließt. Nein, ihr lieben Herren, den Namen der „Renegaten“ werdet ihr nicht los werden.

In seinem „Protest“ erklärt das ultralinke Fünfergespann, sie hätten „nicht das Vertrauen, daß sie zur Darlegung ihrer Ansichten nach Moskau berufen werden“ . . . Augenscheinlich spekulierten sie darauf, daß man sie ausgeschlossen hat und nicht wird anhören wollen. Statt dessen wurden sie, als Antwort auf ihren Protest, vom Präsidium der Erweiterten Exekutive zum Erscheinen vor dem Plenum aufgefordert. Das höchste Organ der Kommunistischen Weltbewegung gibt den Ultralinken Führern die Möglichkeit, ihren Protest unmittelbar, persönlich zu begründen. Die Kritik ihrer Renegaten-„Anschauungen“ wird den Einfluß der Ultralinken auf jene deutschen Arbeiter, die ihnen noch immer einiges Gehör schenken, endgültig liquidieren können. Ob nun die Verfasser des „Protestes“ in Moskau erscheinen werden oder nicht — das 7. Erweiterte Plenum des EKKI wird in die Geschichte der Komintern als abschließende Etappe des siegreichen Kampfes des Leninismus gegen die ultralinken „Schreihälse“, gegen das ultralinke Renegatentum eingehen.

LENZNER:

UEBER EINIGE LEHREN DER „ENGLISCHEN KAMPAGNE“*

Die internationale Kampagne zur Unterstützung der englischen streikenden Arbeiter war eigentlich die erste große internationale Kampagne der KI-Sektionen. Daher ist es von Wichtigkeit, ein gewisses Fazit dieser Kampagne zu ziehen, auch wenn sie noch nicht abgeschlossen ist.

Ehe wir mit unseren kritischen Bemerkungen beginnen, muß erstens darauf hingewiesen werden, daß die Unterstützungskampagnen der KI-Sektionen und der unter ihrer Leitung stehenden Organisationen in keiner Weise mit der reformistischen Kampagne verglichen werden können. Die Reformisten verfügen über einen Apparat und über Mittel, die den Apparat und die Mittel der Kommunistischen Partei um ein vielfaches übersteigen — und doch haben sie in bezug auf materielle Unterstützung ungleich weniger geleistet. Hier, wie auch in bezug auf andere Unterstützungsformen (Aufforderung zur Verweigerung der Kohlenausfuhr, Solidaritätsstreik, moralische Unterstützung usw.) haben die Reformisten eine unverhüllte Streikbrecherrolle gespielt.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich darauf, daß die Kampagne der KI-Sektionen unter systematischer internationaler Leitung stand. Es genügt, die „Inprekorr“ zu durchblättern, um diese systematische politische Anleitung seitens des EKKI und seiner Organe zu sehen.

Nach diesen Vorbemerkungen können wir zur Sache selbst übergehen.

* Für den vorliegenden Aufsatz wurden auch die Berichte der Agitprop-Referenten mit verwendet.

In verallgemeinerter Form sind die wichtigsten Mängel der englischen Kampagne folgende:

Die Mehrheit der Sektionen war auf den Generalstreik nur ungenügend vorbereitet und war daher auch nicht imstande, die Massen auf ihn vorzubereiten. Verfolgen wir die Presse unserer Sektionen im letzten, dem Streik vorausgegangenen Monat, so sehen wir, daß die vorbereitende Aufklärungsarbeit mangelhaft gewesen ist. Das veröffentlichte Material war rein informatorischer Natur und überhaupt unvollständig. Mit wenigen Ausnahmen brachte unsere Presse keine Analyse der wirtschaftsgeschichtlichen Quellen des Kohlenkonflikts sowie keine Analyse der internationalen Bedeutung des heranreifenden Zusammenstoßes der Klassen. Dies ist dadurch erklärlich, daß die Sektionen selbst offenbar die Möglichkeit des Generalstreiks nur ungenügend in Betracht zogen und sich über die internationale Bedeutung des Kohlenkonflikts in England ebenfalls nur ungenügend klar waren.

Dicht bis zum Ausbruch des Streiks haben es unsere Sektionen nicht verstanden, eine aktive Kampagne für die Mobilisierung des internationalen Proletariats zum bevorstehenden Konflikt zu entfalten. Die Presse brachte Informationsmaterial, jedoch fehlte es fast vollständig an politischer Agitation, an Aufklärung über die Notwendigkeit organisatorischer Vorbereitung angesichts des drohenden Konflikts. Dies alles fand seinen Ausdruck darin, daß z. B. in den Maiaufrufen der tschechoslowakischen und der deutschen Partei die Losung der Solidarität mit den englischen Bergarbeitern fehlte, während bereits zwei Wochen vorher die Maithesen der Agitprop und der Maiaufruf des EKKI einen speziellen Punkt über den bevorstehenden Konflikt in England enthielten, und das EKKI eine Woche vor dem Streik ein spezielles Manifest veröffentlicht hatte, wo der innere Sinn des nahenden Konfliktes und die daraus entstehenden Aufgaben ausführlich erörtert wurden.*

Gerade in den Tagen des Generalstreiks ist die Nichtbereitschaft der Sektionen zum Streik besonders scharf zutage getreten. Die Sektionen haben sich als ohnmächtig erwiesen, in den entscheidenden Streiktagen das kontinentale Proletariat zu mobilisieren. Sie haben es nicht vermocht, die Massen in einem ihrem Einfluß entsprechenden Maße aufzurütteln, denn in den Massen wurde vor dem Generalstreik keine genügende Aufklärungsarbeit geleistet. Noch ehe unsere Sektionen sich zur wirklichen Arbeit aufgeschwungen hatten,** wurde dem Streik durch die Generalratsreformisten der Garaus gemacht. Daraus kann man aber selbstverständlich nicht den Schluß ziehen, daß der Streik nicht abgewürgt worden wäre, wenn es die Sektionen vermocht hätten, größere Schichten des kontinentalen Proletariats aufzurütteln. Der Streik wäre wohl auch so abgewürgt worden, doch wären die Bedingungen dieser Abwürgung für die Thomas und Co. weniger günstig gewesen.

* Bezeichnend ist, daß dieses Manifest der KI von der „Roten Fahne“ erst am 4. Mai veröffentlicht wurde.

** Es ist hervorzuheben, daß die Zeitungen erst am 4. Mai erschienen. Erst an diesem Tage konnten auch die Parteimassen mit den breiten parteilosen Arbeitermassen in Berührung kommen.

Die zweite Schlußfolgerung, die man aus der Analyse der „englischen Kampagne“ ziehen kann, ist die, daß der Abbruch des Generalstreiks für die Mehrheit der Sektionen etwas überraschend kam. Es lag zweifellos eine Unterschätzung des Einflusses der Rechten im Generalrat, eine gewisse Unterschätzung der Schwankungen der Linken vor. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß die meisten Sektionen vom Abbruch des Generalstreiks überrascht wurden. Manche Sektionen, so die französische und die amerikanische, haben im ersten Augenblick die Bedeutung des Abbruchs des Streiks sogar vollkommen mißverstanden und werteten ihn als einen bestimmten Sieg der Arbeiter.

Eine Unterschätzung der Schwankungen der Linken war auch in den ersten Tagen nach Abbruch des Generalstreiks zu bemerken. Die Hauptangriffe richteten sich zunächst gegen die rechten Führer. Die Thesen des EKKI schufen in dieser Frage Klarheit, und über die kontinentalen Sektionen läßt sich sagen, daß sie von da an in ihrer Kritik der rechten und der linken Gewerkschaftsführer das richtige Verhältnis einhielten.

Die Tatsache, daß der Abbruch des Generalstreiks die Sektionen einigermaßen überraschte, erklärt uns auch eine gewisse Desorientierung in den ersten Tagen nach der Abwürgung des Streiks. Durch „plötzlichen“ Abbruch des Generalstreiks wurden für einen bestimmten Augenblick die Kampagnen der Sektionen geschwächt, was durch die Unterschätzung der Möglichkeiten des selbständigen Kampfes der englischen Bergarbeiter erklärt werden kann. Die ersten Wochen nach der Einstellung des Generalstreiks sind in den meisten Sektionen eine Zeit des Tiefstands der Aktivität in der „englischen Kampagne“.

Die dritte, die lehrreichste Schlußfolgerung ist, daß die Sektionen es nicht verstanden haben, die „englische Kampagne“ mit ihren Kampagnen im Inlande organisch zu verbinden, daß sie keine genügende Arbeit geleistet haben, um die Massen über den innigen Zusammenhang der Geschehnisse ihrer Klassenkämpfe mit dem Ausgang des englischen Bergarbeiterstreiks aufzuklären.

Die Analyse der „englischen Kampagne“ zeigt, daß der internationale Charakter des englischen Streiks allzu abstrakt aufgefaßt wurde. Dieser abstrakte Charakter wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß die Hauptkampagnen der Sektionen (Antizollkampagne in der Tschechoslowakei, Werk tätigenkongreß in Deutschland, Kampagne gegen die kapitalistischen Methoden der Währungsstabilisierung in Frankreich usw.) mit der Unterstützungskampagne für die englischen Bergarbeiter nicht in Verbindung gebracht wurden. Verfolgt man z. B. die Presse der Sektionen, so fällt sofort folgendes auf: Werden die eigenen Kampagnen der Sektionen entfaltet, so wird die englische Kampagne auf ein Minimum eingeschränkt, und umgekehrt: Die Hilfskampagne für die Bergarbeiter erfährt eine Belebung, nachdem die Hauptarbeit in bezug auf die innerpolitischen Kampagnen bereits abgeschlossen ist. Daher hat es in der „englischen Kampagne“ Unterbrechungen von zwei bis drei Wochen gegeben, während der die Presse der Sektionen sich auf kleine Notizen auf der letzten Seite beschränkt hat.

Die Mängel der Kampagne der Sektionen haben selbstverständlich auch eine Reihe objektiver Ursachen, deren wichtigste die Belebung der In-

dustrie der Kontinentalländer während des Bergarbeiterstreiks ist. Die Oberflächlichkeit der Unterstützungskampagne für die englischen Bergarbeiter bestand eben darin, daß die Sektionen es nicht verstanden haben, die Massen über den Pyrrhus-Charakter dieser Belegung aufzuklären, ihnen zu zeigen, daß diese vorübergehende Belegung nach Beendigung des Streiks und im Falle der Niederlage der Bergarbeiter durch eine neue Offensive gegen die Arbeiterklasse des Kontinents abgelöst werden wird. Die Pflicht der Sektionen, als der Vorhut der Massen, bestand darin, den Gesichtskreis dieser letzteren zu erweitern, ihnen zu zeigen, daß die Massen in der nächsten Zukunft für ihren Glauben an die Reformisten, die ihnen predigten, das eigene Interesse wäre das nächste, noch zu büßen haben werden. Diese Aufklärungsarbeit ist unbedingt als unbefriedigend zu bezeichnen. In denjenigen Fällen, wo der Nationalismus der Reformisten gebrandmarkt wurde, tat man es zwar in energischen Tönen, doch ohne jegliche Begründung durch Zahlen oder Tatsachen, ohne eine tiefe Analyse der Zukunftsperspektiven.

Die vierte Schlußfolgerung betrifft die Frage der Einheitsfront. Mit geringen Ausnahmen (z. B. in der Tschechoslowakei) wurde die Einheitsfronttaktik hauptsächlich als Taktik der Einheitsfront von oben angewendet. Die Sektionen berichten Einheitsfrontvorschläge an die Sozialdemokratie, die revolutionären Gewerkschaften — an die reformistischen, oft aber wurden diese Vorschläge, besonders in Frankreich, nicht von der erforderlichen Aufklärungsarbeit begleitet, nicht durch eine breite Kampagne in den Betrieben unterstützt, nicht durch eine energische Arbeit zur Bildung der Einheitsfront von unten ergänzt. Die von der Mehrheit der Sektionen in Anwendung gebrachten Mittel waren: Presse, Versammlungen. Eine planmäßige Arbeit zur Bildung der Einheitsfront in den Betrieben zwecks gemeinsamer Unterstützung der Bergarbeiter wurde nicht geleistet. Im Zusammenhang damit waren die unteren Parteifunktionäre der breiten Aufklärungsarbeit in den Massen nicht gewachsen. Die Leitriemen der Partei — die Massenorganisationen — wurden auch ungenügend ausgenutzt.

Die „englische Kampagne“ hat auf diese Weise einen der Hauptmängel der Mehrzahl unserer Sektionen aufgedeckt: das Unvermögen, verschiedene Formen der Einheitsfronttaktik miteinander zu verbinden. Infolge der mangelhaften Arbeit in den Betrieben hat auch der Umfang der ganzen Kampagne, im besonderen die Höhe der Geldsammlungen, gelitten. Am deutlichsten tritt dies in Frankreich zutage, wo die von der Partei und den Unitären Gewerkschaften organisierten Geldsammlungen im Vergleich zum politischen Einfluß dieser Organisationen offenkundig gering waren.* Charakteristisch ist aber auch der entgegengesetzte Fall: in der Tschechoslowakei, wo während der englischen Kampagne der Arbeit in den Betrieben verhältnismäßig

* Laut der „Humanité“ wurden bis Anfang August 165 000 Franken, d. h. weniger als 1500 Pfund gesammelt.

größere Aufmerksamkeit zugewendet wurde, haben auch die Geldsammlungen der Partei und der revolutionären Gewerkschaften größeren Erfolg gehabt als in anderen Sektionen.

Faßt man die Ergebnisse der Unterstützungskampagne der KI-Sektionen zusammen, so sind sie durchaus als mangelhaft zu bezeichnen. Die Direktiven der RGI über die 1prozentige Beitragsleistung wurden von den meisten Sektionen nicht einmal zur Massenerörterung gestellt, geschweige denn ausgeführt. In Frankreich z. B. begann die „Humanité“ erst im Oktober mit der mehr oder minder planmäßigen Popularisierung dieser Losung. Die von den Sektionen organisierten Geldsammlungen sind selbst vom Standpunkt der organisatorischen Erfassung der Massen ungenügend. Besonders deutlich tritt dies in Frankreich zutage, wo den unitären Gewerkschaften eine halbe Million Arbeiter und Angestellte angeschlossen und wo die Arbeitslosigkeit ganz gering ist. Die Hauptschlußfolgerung kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Mängel in der Bildung der Einheitsfront von unten, die in der ungenügenden Aufklärungsarbeit in den Betrieben und in der noch größeren Mangelhaftigkeit der organisatorischen Arbeit darin zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter zum Ausdruck kommen. Eine Widerspiegelung von alledem ist das geringe Ergebnis der Geldsammlungen der Sektionen und der unter ihrer Leitung stehenden Organisationen.

Die fünfte Schlußfolgerung steht im Zusammenhang mit der Auswertung der gewaltigen, vom Proletariat der USSR geleisteten Unterstützungsarbeit, mit der Kritik des Generalrats durch den Zentral-Gewerkschaftsrat der USSR sowie den Angriffen, die von der englischen und der anderen Bourgeoisie gegen die USSR wegen ihrer brüderlichen Unterstützung der Bergarbeiter gerichtet wurden, durch die übrigen Sektionen. Die Presse der Sektionen beschränkte sich zumeist auf kurze Notizen informatorischer Natur und hat es nicht verstanden, alle diese Fragen vom prinzipiellen Standpunkt aus zu behandeln, hat auch das Material, welches ihr in diesen Fragen zur Verfügung stand, nicht genügend ausgenützt.

Die gewaltige Unterstützung der russischen Arbeiter wurde in nur mangelhafte (manchmal auch in gar keine) Verbindung damit gebracht, welche Bedeutung das Land der proletarischen Diktatur für den Kampf des Proletariats anderer Länder hat. Die Presse hat es nicht verstanden, die „englische Kampagne“ der USSR auszunutzen, um den Unterschied klarzulegen, der in bezug auf die Möglichkeiten der internationalen Solidaritätsäußerungen zwischen den kapitalistischen Staaten und der USSR besteht. Die Presse der Sektionen hat die vorbildliche Unterstützungskampagne der USSR nur in vollständig ungenügendem Maße für die Widerlegung des sozialdemokratischen und ultralinken Gefasels über die Entartung der USSR und der KPSU verwertet.

Die letzte Schlußfolgerung betrifft die Frage, in welchem Maße die Sektionen die Lehren des englischen Streiks ausgewertet haben, um die Richtigkeit der Strategie und Taktik der leninistischen Komintern verständlich zu machen. Wir müssen es offen aussprechen: die ideologische Arbeit der Sektionen war außerordentlich mangelhaft. Die theoretischen Parteiorgane und die tägliche Presse waren der Aufgabe der Aufklärung über die Lehren des englischen Streiks nicht gewachsen.

Viele Zeitungen (z. B. die „Rote Fahne“) haben nicht einmal die EKKI-Thesen in vollem Wortlaut veröffentlicht und haben ihren prinzipiellen theoretischen Teil weggelassen. Das Problem des Generalstreiks als einer Kampfmethod des Proletariats, das Problem des Umschlagens des wirtschaftlichen Kampfes in den politischen, des Generalstreiks in den offenen Bürgerkrieg, das Problem der Demokratie, der Zersetzung des Kapitalismus, der Entwicklung neuer Klassenkämpfe usw. usw. — alle diese Fragen wurden vor den Massen des kontinentalen Proletariats nicht aufgerollt. Höchstens, daß die Presse in den ersten Streiktagen ein oder zwei Artikel brachte, wo diese Fragen im Vorbeigehen flüchtig gestreift wurden. Indessen hat der englische Streik in den sozialdemokratischen Massen große Zweifel an der Richtigkeit einer Reihe sozialdemokratischer Axiome erweckt, insbesondere an der Richtigkeit der sozialdemokratischen Lehre von der Demokratie.* Die Sektionen, vor allem die Presse der Sektionen, haben es nicht verstanden, eine planmäßige Aufklärungsarbeit durchzuführen, wodurch der Prozeß der ideologischen Opposition in den sozialdemokratischen Reihen zweifellos beschleunigt worden wäre. Selbstverständlich war auf diesem Gebiet, wie auch auf den anderen Gebieten der „englischen Kampagne“ die Aktivität der Sektionen eine verschiedene. Die amerikanische und deutsche Sektion haben z. B. auf ideologischem Gebiet etwas mehr geleistet als andere Sektionen, die f r a n z ö s i s c h e dagegen steht an einer der letzten Stellen. In der „Humanité“ treten die Schwächen der KPF auf diesem Gebiete deutlich zutage. Nicht nur hat sie den prinzipiellen Fragen, die im Zusammenhang mit dem englischen Streik in den Vordergrund getreten sind, keine genügende Aufmerksamkeit zugewendet, sondern auch solche konkrete politische Fragen, wie z. B. der Trade Union-Kongreß, die Minderheitskonferenz usw. wurden von der „Humanité“ nur im Vorübergehen, auf der dritten Seite, gestreift. Auf der ersten Seite waren dagegen Sensationsmeldungen über Familientragödien, Photographien spanischer Prinzen, Mitteilungen darüber, wem von ihnen der König vermutlich den Thron übergeben werde usw., zu finden.

Faßt man die Ergebnisse der „englischen Kampagne“ in dieser Frage zusammen, so kann man sagen, daß die „englische Kampagne“ mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, wie die noch vorhandene Schwäche der ideologischen Arbeit innerhalb der Sektionen ihre Arbeit zur Eroberung der Massen beeinträchtigt. Eine zehnfache Verstärkung der leninistischen Erziehung, der theoretischen Bolschewisierung der Sektionen — das ist die Lehre der „englischen Kampagne“.

* Eine Widerspiegelung dieser Zweifel sind die Artikel Max Adlers u. a. über die Demokratie.

KARL BITTEL:

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MANÖVER AUF DER WELTWIRTSCHAFTSKONFERENZ DES VÖLKERBUNDES

Die heutige Sozialdemokratie betrachtet als Hauptaufgabe, ihre reichen Erfahrungen und ihre vielfältig geübte Handfertigkeit in der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit Unternehmertum, Betriebsleitung und bürgerlichen Parteien durch ein Meisterstück in internationalem Maßstäbe zu krönen. Die II. Internationale rechnet es sich zur höchsten Ehre, Pionier und Organisator der kapitalistischen Restaurierung zu sein. Die ganze Fülle ihres Einflusses, den sie noch über die Arbeitermassen besitzt, setzt sie für möglichst schnelle kapitalistische Rationalisierung ein. Ein Teil dieser Politik, im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes, soll hier dargestellt werden.

Hilferdings neuer „Marxismus der Tat“

Besonders ist es Rudolf Hilferding, der sich für die arbeitsgemeinschaftliche Weltwirtschaftspolitik einsetzt. Er trat mit einer programmatischen Rede auf der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz in London (Mai 1926) auf und erklärte, daß der Friede nur durch die politische Zusammenarbeit gewährleistet werde, die durch wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt werden müsse. Hilferding ergänzte dieses Programm auf der Generalversammlung des deutschen „Vereins für Sozialpolitik“ in Wien (September 1926), indem er ausführte, daß die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft eine Vorstufe zu neuem Aufstieg des Kapitalismus darstelle. Es gehe ein Strukturwandel mit der Tendenz stärkster Organisation und Konzentration und die Bildung ganz großer Konzerne einzelner Wirtschaftszweige vor sich. Die gegenwärtige Aufgabe sei, die kapitalistische Wirtschaft in demokratische Formen überzuführen. Auf derselben Tagung erklärte Prof. Harms, daß „das Hoffnungsvolle der jüngsten Entwicklung, die Verständigung, das Hand-in-Hand-Arbeiten des Unternehmertums mit der Arbeiterschaft“ sei. Die Sozialdemokratie bejaht und begrüßt jede neue Phase kapitalistischen Fortschritts. So verursachte das sogenannte Freihandels-Manifest der Bankiers in der sozialdemokratischen Presse einen Enthusiasmus sondergleichen. Die Sozialdemokratie beanspruchte sogar für sich die Vaterschaft. Der Abschluß des europäischen Stahlkartells wurde als eine Erfüllung sozialdemokratischer Forderungen gepriesen. Hilferding sagte im Deutschen Reichstag wörtlich:

„Die internationale Organisation der Wirtschaft ist zweifellos ein großer Fortschritt, und diejenigen, die sie bewirken, sind Marxisten der Tat, (im Original fett gedruckt. Verfasser) denn sie treiben die wirtschaftliche Entwicklung weiter. („Vorwärts“ 23. November 1926, Abendblatt.)

Wahrlich eine ungeheuerliche Liquidation aller sozialistischen Grundsätze, eine Verwandlung in Knechte des Kapitalismus und Imperialismus.

Die sozialdemokratischen Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes

Dieser neue sozialdemokratische „Marxismus“ findet einen starken praktischen Ausdruck in der Mitarbeit der Sozialdemokratie bei den Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes, die am 4. Mai 1927 stattfinden soll. Bis jetzt haben zwei Vorkonferenzen stattgefunden, im April und November 1926 in Genf. Historisch betrachtet ist es die Sozialdemokratie selbst, die das Projekt dieser Weltwirtschaftskonferenz ausgedacht hat. Der französische Gewerkschaftsführer J o u h a u x war der erste, der in einer Rede im Völkerbund im September 1925 die Forderung nach einer Wirtschaftskonferenz aufstellte. Sein Argument war, daß der Völkerbund als erster den Weg beschritten habe, die politische Ursache des Weltkrieges aus dem Wege zu räumen, und daß er nun auch den wirtschaftlichen Frieden auf dem Wege einer internationalen Verständigung herbeiführen solle. Wörtlich sagte er:

„Millionen von Menschen, die mangels einer internationalen Organisation der Wirtschaft dem Elend preisgegeben sind, fordern gebieterisch, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Völker endlich auf Recht und Gerechtigkeit aufbauen und die Welt dem endgültigen Frieden und der Wohlfahrt entgegengeführt werde.“ („Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, Amsterdam 4. Heft 1925.)

Als zu der Vorbereitung der Konferenz Experten eingeladen wurden, machte das Internationale Arbeitsamt Vorschläge für die Beteiligung von Arbeitervertretern. Es wurde eine ganze Liste von Führern der Gewerkschaften und Genossenschaften aufgestellt, die aber nur zum kleinsten Teil berücksichtigt wurde. Die ganze Gruppe der Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertreter bestand aus J o u h a u x - Frankreich, O u d e g e e s t - Amsterdam, E g g e r t - Deutschland und A r t u r S h a w - England seitens der Gewerkschaften, und aus E m m y F r e u n d l i c h - Oesterreich, O e r n e - Schweden und C h i n t s c h u k - USSR als Genossenschaftsvertreter. Genosse Chintschuk nahm an den Vorkonferenzen nicht teil, da diese in der Schweiz stattfanden. Also sechs Menschen standen einer ganzen Konferenz gegenüber.

Das Programm der Arbeitsgemeinschaft in internationalem Maßstabe

Die Richtlinien für die Praxis der weltwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaftspolitik der Sozialdemokratie wurden auf der Konferenz in B r ü s s e l (Frühjahr 1926) aufgestellt, wo offizielle Vertreter der Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Englands sich mit den Fragen des europäischen Wirtschaftsaufbaues und der Wirtschaftsverständigung auf der Basis der Zusammenarbeit von Unternehmertum und Arbeiterschaft beschäftigten. Ein Programm stellte als Forderung eine Handelspolitik mit dem Ziel einer europäischen Zollunion auf, sowie den Ausbau internationaler Kartelle, wobei gewisse Kontrolleinrichtungen seitens der Parlamente und Regierungen gefordert wurden.

Das war auch im wesentlichsten die Plattform, mit der die G e w e r k s c h a f t s - G e n o s s e n s c h a f t s g r u p p e — nach einer Fraktions-

sitzung — in Genf im Mai aufgetreten ist. Da wir nachher zu einer detaillierten Besprechung dieser Fragen kommen, wollen wir hier nur die wesentlichen Forderungen aufzählen: Stabilisierung der Währungen speziell durch die staatlichen Notenbanken, Bekämpfung des Dumpings, Abbau der übertriebenen Schutzzölle, internationale Organisation von Produktion und Handel, Errichtung nationaler und internationaler Kartelle und Trusts und deren Kontrolle durch Regierungen, Völkerbund, Konsumentenorganisationen, Arbeiterorganisationen und Internationales Arbeitsamt. Außerdem noch: „weitere Maßnahmen, welche die Beschäftigung der Arbeiter und ihre Lebenshaltung sichern“. Also in allem eine ganz aktive Politik zum Wiederaufbau des imperialistischen Kapitalismus mit rein bürgerlichen Mitteln, eine Aufforderung, starke internationale Wirtschaftsgebilde (zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse) aufzubauen und schließlich noch die ganz ergebene Bitte, auch die Gewerkschaften und Genossenschaften (das soll heißen ihre Führerbürokratie) dabei mit zuzuziehen. Niemand denkt daran, etwa deshalb, damit sie eine wirkliche Kontrolle ausübten, sondern damit diese Arbeiteraristokratie belobt ist für ihre Mitarbeit, und sie den Massen vorerzählen können, daß ihre „scharfen Forderungen vollständig erfüllt“ sind. Die Diskussionen und Besprechungen, die auf dieser Konferenz stattgefunden haben, waren geheim. Aber man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß es ein zynischer Kuhhandel, ein glatter Verkauf der Arbeiterinteressen gewesen ist. So ist z. B. bekannt geworden, daß der deutsche Gewerkschafter Egger mit dem deutschen Unternehmensvertreter in Genf, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Lammer (einem der Leute um Silverberg) direkte Abmachungen getroffen hat („Vossische Zeitung“ vom 2. Oktober 1926). Wenn man sich über bestimmte Fragen seitens der Unternehmer vorher mit den Gewerkschaftsführern bespreche, dann würden diese Gewerkschafter die Durchführung ohne Kämpfe garantieren. Deswegen wollen die Silverberg-Leute die „große Arbeitskoalition zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft“. Deshalb kämpfen sie für die „Geltung der Gewerkschaften“, damit diese ihre Auffassung besser als bisher gegenüber der Opposition durchsetzen können. Diese Gewerkschaftsführer haben sich als solide und zuverlässige Stützen der Unternehmerpolitik erwiesen. Als Förderer der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik auf Kosten der Arbeiterschaft und gegen die proletarischen Klasseninteressen.

Fünf Punkte für die „brüderliche Zusammenarbeit“

Dieser in nationalem Maßstab schon weitgehend durchgeführte Pakt von Gewerkschaftsführern und Unternehmertum soll auf der Weltwirtschaftskonferenz nun in internationalem Maßstabe eine organisierte und grundsätzlich fundierte Basis bekommen. Mit diesem Projekt sind die Sozialdemokraten im November auf die zweite vorbereitende Konferenz nach Genf gefahren.

Ihre neueste Plattform ist so typisch, daß wir gut tun, sie etwas genauer hier mitzuteilen. Die Erklärung wurde von Jouhaux am 15. November abgegeben. Als Aufgabe bezeichnete er, daß man sich auf ein „vereinigtes Programm“, also von Unternehmern und Arbeitern, einigen solle. Als Ge-

sichtspunkte nannte er die Abwehr von Kriegen, die Abwehr der Arbeitslosigkeit und die Erringung von zivilisierten und menschenwürdigen Lebensbedingungen. Als „Programm der Stunde“, das auf den Weg „brüderlicher Zusammenarbeit der Völker zu ihrem gemeinsamen Wohlergehen“ führen könne, schlug er namens der sozialdemokratischen Gewerkschafts-Genossenschaftsgruppe vor:

1. Die W ä h r u n g s s t a b i l i s i e r u n g , die nicht nur zum Ziele haben soll, die noch nicht sanierten Währungen auf der Goldbasis zu stabilisieren, sondern darüber — und das vielleicht sogar als Hauptzweck — die Kaufkraft so fest wie möglich zu erhalten; in Uebereinstimmung des Goldwertes zur Gesamtheit der Warenerzeugung und der Arbeitsleistungen und dadurch die Stabilität der Preise zu sichern, damit zugleich die Produktions- und Arbeitsgelegenheiten.

2. Die Bestrebungen gegen die Hemmungen und Erschwerungen des internationalen Handels sollen sich richten g e g e n ü b e r t r i e b e n e S c h u t z z ö l l e , gegen Ausfuhrzölle für Rohstoffe sowie zugunsten einer wachsenden und rationalisierten landwirtschaftlichen Produktion.

3. Internationale I n d u s t r i e a b k o m m e n (Kartelle) mit wirksamen Garantien zum Schutze sowohl der Konsumenten wie der Rechte der Arbeiterschaft.

4. Regelung der Ein- und Auswanderung.

5. Schaffung eines s t ä n d i g e n W i r t s c h a f t s a m t e s. Mit diesem Punkt soll sowohl ein Organ angestrebt werden, um die Ausführung der von der Wirtschaftskonferenz zu fassenden Beschlüsse zu sichern als auch um die Fortführung ihrer weiteren Arbeiten vorzubereiten. In einem solchen Rate müßten neben den Regierungen auch die großen Wirtschaftsorganisationen vertreten sein, wobei folgende Gruppierung in Betracht gezogen werden könnte: Industrie, Landwirtschaft, Handel und Banken, Arbeiterschaft und Konsumenten. Die Industrie und Arbeiterschaft könnte ihre Vertreter durch die Arbeitgeber- und Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts bezeichnen lassen, und diejenigen der Landwirtschaft und Konsumenten wären in gemeinsamem Einverständnis des Internationalen Arbeitsamts, des Internationalen Genossenschaftsbundes und des Internationalen Instituts für Landwirtschaft zu bestimmen, dadurch würde jede Kräftezersplitterung vermieden.

Alles in allem ein Stabilisierungsprogramm für den Weltkapitalismus. Wir sahen schon vorher, daß der erste Punkt durch die Kunst der Staatsbanken, auf Kosten des Proletariats also, erreicht werden soll. Bei P u n k t d r e i werden bereits nicht mehr die diversen Kontrollorgane g e n a n n t ! Dafür konzentriert sich die Hauptforderung auf die Schaffung einer Schwesterorganisation zu dem Arbeitsamt von Herrn Thomas. Hierfür werden für die Arbeiterschaft, d. h. also für die Herren Gewerkschaftsbürokraten, Mandate und Pöstchen verlangt.

Wir bemerken, daß an demselben Tage der Generalsekretär der Amsterdamer, O u d e g e e s t , Pressevertretern ein Interview gab, in dem er mitteilte, daß die Vorschläge von Jouhaux die offiziellen Vorschläge des Internationalen Gewerkschaftsbundes seien. Man gebrauche bei der Kartellierung Garantien gegen eine preissteigernde Wirkung und ebenso sei die Beseitigung der Zollschränken (das ist eine Lüge, denn es wurde nur die Beseitigung

übertriebener (?) Schutzzölle gefordert) notwendig. Der Vorschlag eines Weltwirtschaftsamtes solle die „normale Auswirkung der Beschlüsse“ gewährleisten. Zu gleicher Zeit brachte die sozialdemokratische Presse einen Artikel von Oudegeest „Genf und Wiederaufbau“, in welchem er behauptete, daß die sozialdemokratischen Ansichten bereits „zum Teil oder ganz von unseren Gegnern (!) übernommen werden“, darüber dürfte man sich freuen. Die Gewerkschaftsbürokratie denkt also überhaupt nicht mehr daran, die Arbeiter zu mobilisieren gegen den fortschreitenden Zusammenschluß der kapitalistischen Kräfte, der ihnen Arbeitszeitverlängerung, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Teuerung und Steuern bringt. Im Gegenteil, sie unterstützen das Zustandekommen und die Organisation der feindlichen Front und kämpfen zu gleicher Zeit gegen die in den Massen sich vorbereitende Einheitsfront des Proletariats zum Sturz der Kapitalsdiktatur. Hier in Genf hat sich wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß im Klassenkampf die reformistischen Führer auf der anderen Seite der Barrikade stehen.

Ein charakteristischer Zwischenfall beleuchtet diese Tatsache noch ganz besonders. Während der Verhandlungen, am 17. November, führte Jouhaux ein Scheinkampf. Das amtliche deutsche Telegraphenbüro meldet darüber:

„Jouhaux sagte, daß sich die Arbeiter nicht damit einverstanden erklären könnten, daß ohne ihre Einwilligung das Regime der Industriekartelle geschaffen würde, das unter Umständen (!) für sie eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten, eine Erhöhung der Dauer der Arbeitszeit und gleichzeitig eine Herabsetzung der Löhne nach sich ziehe. Nur unter einer gewissen Beteiligung der schaffenden Kräfte an der Leitung der Kartellpolitik würden sich die Gewerkschaften nicht prinzipiell dem Abschluß internationaler industrieller Abkommen widersetzen.“

Wirklich eine schreckliche Drohung. Was für ein Manöver und was für eine Heuchelei! Für ein Stückchen Zucker verkaufen sie ihre prinzipielle Zustimmung! Nun, die Gewerkschaften haben so und so viele Male erklärt, daß sie die Vertrustung gutheißen und haben sie praktisch unterstützt. Das geschah stets ohne irgendwelche Bedingungen. Die Phrase der „Kontrolle“ war nur für propagandistische Zwecke aufgestellt. Zudem begnügten sie sich damit, irgendwelche behördlichen Maßnahmen vorzuschlagen. Die neuerdings geforderte „gewisse Beteiligung an der Leitung“ ist also nichts anderes als ein Manöver, um die Massen irrezuführen und um sich gleichzeitig eine Parteidisziplin an irgendwelchen Institutionen zu sichern. Am nächsten Tage wurde auch schon wieder volle Harmonie der Verhandlungen gemeldet und Jouhaux brachte offiziell „s e i n e G e n u g t u n g“ darüber zum Ausdruck, „daß einer Reihe ihrer Wünsche, wenn auch sehr verhüllt, aber doch Rechnung getragen worden sei“ („Vorwärts“, 19. November). Voll Freude wurde sogar mitgeteilt, daß die endgültige Weltwirtschaftskonferenz nach Amsterdam einberufen würde. (Es wäre wirklich ein blutiger Hohn der Weltgeschichte, wenn ausgerechnet in Amsterdam der Pakt der Internationalen Arbeitsgemeinschaft im Rahmen des Räuberbundes beschlossen würde.)

Noch ein kleines Verwirrungsmanöver

Nachträglich scheinen jedoch bei den Genfer Verhandlungen noch Unstimmigkeiten hervorgetreten zu sein. Mitten in die Friedens-

schalmeien und das Friedensgeheul der sozialdemokratischen Presse platzte folgendes Telegramm:

Die rein kapitalistische Wirtschaftskonferenz

Eine Verhöhnung der internationalen Arbeiterschaft

„ Die vorbereitende Konferenz hat es rundweg abgelehnt, das Problem der Arbeitslosigkeit auf das Programm der Weltwirtschaftskonferenz zu setzen. Sie hat es fernerhin nicht für notwendig erachtet, ihrem Vorschlag zur Prüfung internationaler Kartellfragen den Wunsch nach Errichtung einer scharfen Kontrolle derartiger Industriezusammenschlüsse anzufügen. Auf diese Weise ist den Resultaten, die die Konferenz im Mai 1927 haben wird, schon eine ganz bestimmte Tendenz gegeben.

Die Bestimmung, daß jeder Staat nur 5 Delegierte auf die Konferenz entsenden kann, wird bestimmt zur Folge haben, daß man in allen Ländern, in denen die Arbeiterbewegung nicht so sehr kräftig ist, versuchen wird, Arbeitervertreter von der Weltwirtschaftskonferenz auszuschließen. In keinem Fall werden die Arbeitervertreter auf der Weltwirtschaftskonferenz den Einfluß haben, der ihnen an sich zukommt.“

Die Überschriften dieses Telegramms stammen von der sozialdemokratischen Provinzpresse Deutschlands, während der „Vorwärts“ nur ganz verschämt „Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz“ darüber geschrieben hat. Dieses Theater vor den Massen mit dem Alarmtelegramm hat nur den einen Zweck: diese irrezuführen. Das ganze ist nur ein abgekartetes Manöver, um sich nach beiden Seiten hin als „starker Mann“ zu gebärden. Leere Drohungen sind es, um damit noch etwas mehr für sich im Kuhhandel herauszuschlagen. Mit einer grundsätzlichen Neueinstellung zur Arbeitsgemeinschaftspolitik hat das natürlich nicht das geringste zu tun. Das wird sich in den nächsten Wochen schon deutlich zeigen.

Die kommunistische Einstellung zur Weltwirtschaftskonferenz

Leider haben sich die Kommunisten mit diesen interessanten Vorgängen wenig beschäftigt. Die wesentlichste Stellungnahme dazu ist jene Deklaration, mit der die russischen Sowjetgenossenschaften innerhalb der Genossenschaftsinternationale aufgetreten sind.

Seit langem wurde seitens der Sowjetgenossenschaften den Bestrebungen der internationalen Genossenschaftsbewegung auf Beteiligung an der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes die Forderung entgegengesetzt, eine proletarische Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen. An ihr sollten Delegationen der Werktätigen der ganzen Welt teilnehmen, insbesondere Delegierte der Gewerkschaften und Genossenschaften, um die proletarische Einheitsfront herstellen zu helfen. Stets wurde dieser Antrag in der Exekutive und im Zentralkomitee der Genossenschaftsinternationale abgelehnt. Zuletzt in der Sitzung Mitte Oktober in Hamburg. Den Genossenschaftsführern und den Gewerkschaftsführern ist die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum wichtiger als die Zusammenarbeit mit den proletarischen Massen. Immer wieder beweist sich das neu.

In der von der sowjetistischen Delegation abgegebenen Erklärung wird festgestellt, daß die ganze Reihe von weltwirtschaftlichen Konferenzen der letzten Zeit trotz ihrer „großartigen Resultate“ keine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse gebracht haben und keinen wirklichen Ausweg aus der

Krise zeigten. Im Gegenteil: der kapitalistische Stabilisierungsprozeß bringt immer erneut Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die Zahl der Arbeitslosen steigt, die Arbeitszeit wird verlängert, die Löhne fallen, die Zollschränken bleiben bestehen, die Steuern wachsen, die Kriegsrüstungen nehmen zu und die Kolonialkriege dauern an. Der Abschluß einiger Handelsverträge und die angebahnte Einbeziehung Deutschlands in das europäische Wirtschaftssystem bedeuten in Wirklichkeit nur Schritte zur Festigung der kapitalistischen Kräfte Europas; zum Teil gegen die Konkurrenz Amerikas, in der Hauptsache jedoch gegen das Proletariat, gegen die Interessen aller werktätigen Massen, gegen die Union der Sowjetrepubliken und gegen die unterdrückten Kolonien und Halbkolonien. In der Deklaration wurde weiter festgestellt, daß die Hauptursache der Weltwirtschaftskrise in der außerordentlichen Disproportion besteht zwischen gesteigerter Produktion und verkleinertem Absatz auf dem Binnenmarkt sowohl, wie auf dem Auslandsmarkt. Es sei notwendig, die Kaufkraft der Massen auf ein höheres Niveau zu bringen, wozu im internationalen Maßstabe eine den jetzigen imperialistischen Methoden entgegengesetzte Politik gegenüber dem Osten und den Kolonien notwendig sei. Eine Weltwirtschaftsregulierung sei unmöglich ohne Einbeziehung des Wirtschaftssystems der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit ihren ungeheueren Rohstoff- und Getreidequellen und seinen Absatzmöglichkeiten für die Schwerindustrie. Die innerstaatliche Wirtschaftspolitik müsse sich in erster Linie gegen die Verminderung aller unproduktiven Ausgaben (Kriegsrüstungen, Militär, Polizei, Luxus usw.) richten und eine Steuerpolitik betreiben, die sich auf die großen Einkommen und den Besitz legt. Die kapitalistische Rationalisierung vergrößere das Elend des Proletariats und vermehre das Arbeitslosenheer. Eine Lösung setze die Nationalisierung des Großgrundbesitzes, der Industrie, der Banken usw. voraus. Das seien alles Aufgaben, die niemals von dem Völkerbund, dem Konzern der kapitalistischen Regierungen durchgeführt werden können, sondern das sei nur erreichbar durch die einheitliche Kampffront des Proletariats aller Länder.

Die Arbeiterklasse soll klar erkennen, daß diese reformistischen Machenschaften alle miteinander nur darauf hinauslaufen, daß ihre Haut zu Markte getragen wird. Allen Nutzen aus dieser „Wirtschaftsdemokratie“ zieht die Bourgeoisie, indem sie sich gegen billige Trinkgelder an die Arbeiteraristokratie und die Gewerkschaftsführer den wirtschaftlichen Frieden zu sichern sucht. Das ist für ihre Profite günstig. Die Parole heißt aber nicht Wirtschaftsfrieden, sondern gesteigerter Klassenkampf. Wir müssen sammeln die breitesten Massen, vor allem innerhalb ihrer alten historischen Massenorganisationen, der Gewerkschaften und Genossenschaften, zur Einheitsfront des kämpfenden Proletariats unter Führung der Kommunistischen Internationale.

CODOVILLA: DIE IMPERIALISTISCHE UNTERDRÜCKUNG IN LATEIN-AMERIKA UND IHRE FOLGEN

Die Methoden des imperialistischen Vordringens

Der Kampf, den die imperialistischen Mächte gegenwärtig untereinander führen, um sich die Rohstoffquellen zu sichern, mit dem Ziel, die weltwirtschaftlichen Kräfte unter ihre Herrschaft zu bringen, ist in den Ländern Latein-Amerikas besonders heftig. Vor allen Dingen entwickelt sich der Kampf zwischen dem englischen und dem nordamerikanischen Imperialismus.

Obwohl diese beiden Imperialismen, besonders der nordamerikanische, bestrebt sind, die Länder Latein-Amerikas wirtschaftlich und politisch ihrer Herrschaft zu unterwerfen, spielen sie doch manchmal eine objektiv-fortschrittliche, progressive Rolle, wenn sie im Interesse ihres Vordringens gezwungen sind, sich auf das Kleinbürgertum und die industrielle Bourgeoisie zu stützen.

Dies ist in einigen Ländern Südamerikas der Fall. Vor dem Kriege standen diese Länder, mit wenigen Ausnahmen, unter direktem englischen Einfluß. Der englische Imperialismus ist ein Finanz-Imperialismus, der Rohprodukte einführt zur Weiterverarbeitung zu Fertigfabrikaten, um sie dann in ihren Ursprungsländern wieder zu verkaufen. Die englische Politik hat auch gegenüber diesen Ländern eine reaktionäre Rolle gespielt, da sie sich auf den Großgrundbesitz stützte, der dort eine unbeschränkte Herrschaft ausübt. Indem der englische Imperialismus die Rohstoffe nahm, hemmte er die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch jede Entwicklung des nationalen Kleinbürgertums und der nationalen industriellen Bourgeoisie.

Während des Krieges war England genötigt, diese Märkte mehr oder weniger aufzugeben, weil die Produktion für die Bedürfnisse des Krieges seine ganze Kraft absorbierte. In den südamerikanischen Ländern entstand zu jener Zeit eine nationale Industrie, die einen großen Teil der nicht mehr von England aufgekauften Rohstoffe verarbeitete. Besonders ist die Entstehung solcher nationalen Industrien in Argentinien, Brasilien, Chile und in Uruguay zu vermerken.

Nach dem Kriege war England bestrebt, seinen alten Einfluß auf den südamerikanischen Märkten zurückzuerobern. Doch stieß es hierbei auf neue Konkurrenten: auf den nordamerikanischen Imperialismus, auf die junge nationale Industrie und auf die Schutzzoll-Gesetzgebung, die von diesen Ländern zum Schutze gegen die ausländische Konkurrenz eingeführt war.

Andererseits handelte es sich für den amerikanischen Imperialismus darum, den englischen Einfluß in diesen Ländern durch eine elastischere, schmiegsamere Politik zu verdrängen, obwohl er wesentlich das gleiche Ziel verfolgte. Englisch Kapital war bereits in Eisenbahnen, in Transportunternehmen investiert, der englische Imperialismus hatte den Regierungen mehrfach Anleihen gewährt und hielt sie dadurch in seinen Händen. Dort, wo

diese Regierungen sich auf den Großgrundbesitz stützten, mußte der amerikanische Imperialismus, um in diese Länder eindringen zu können, sich auf das Kleinbürgertum und auf die liberale Bourgeoisie stützen.

Ein anderer Faktor, ein Faktor historischer Natur, wirkte zugunsten Amerikas. In vielen dieser Länder, mit Ausnahme Argentiniens, wo die nationale industrielle Bourgeoisie bereits an der Staatsmacht teil hat, haben wir noch eine Lage, wie sie in Frankreich vor der bürgerlichen Revolution gewesen ist. Es darf nicht vergessen werden, daß z. B. in Brasilien die Sklaverei erst vor 50 Jahren aufgehoben wurde. Dort herrscht noch der Feudalismus fast in allen Gebieten des Landes.

Wie bereits gesagt, hemmte der englische Imperialismus die industrielle Entwicklung der Länder Südamerikas. Es ist klar, daß das ganze liberale Kleinbürgertum, das die Entwicklung der nationalen Industrie erstrebte und an der Staatsmacht teilhaben wollte, dem Großgrundbesitz und daher auch dem englischen Imperialismus feindlich gegenüberstand. Das machte sich der amerikanische Imperialismus zunutze: er knüpfte Verbindungen mit dieser neuen sozialen Schicht an, steigerte ihr Interesse an der nationalen Industrie durch Einfuhr von Maschinen, durch Investierung von Kapital und unterstützte dadurch die Entwicklung der während des Krieges entstandenen Industrien.

Der amerikanische Imperialismus wendet zweierlei Methoden für sein Vordringen an: die Investierung von Industriekapital in den neu entstandenen Industriezweigen und das allmähliche Eindringen seines Finanzkapitals, das in Südamerika immer mehr an Boden gewinnt. So gab es z. B. in Argentinien vor dem Kriege keine einzige nordamerikanische Bank, keine direkten Verkehrslinien mit Nordamerika. Heute aber gibt es dort mehrere nordamerikanische Banken und ein regelmäßiger Dampferverkehr (Fracht- und Personenverkehr) sichert die Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Argentinien. Was aber die Entwicklung des nordamerikanischen Imperialismus auf Kosten des englischen außerordentlich erleichtert, ist der Umstand, daß ersterer sein Kapital in den in ständigem Aufstieg begriffenen Industrien unterbringt, während England fast sein ganzes Kapital in Transportunternehmen und Staatsanleihen investiert hat. Die Gesamtsumme des in Argentinien 1925 investierten ausländischen Kapitals beträgt rund 527 Millionen Pfund Sterling, davon entfallen 397 Mill. auf England, 233 Mill. waren in Eisenbahnen, 80 Mill. in Staatsanleihen und 84 Mill. in Bankunternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben, Straßenbahnen u. a. Industriebetrieben investiert. Die Vereinigten Staaten haben ihre 80 Millionen Pfund Sterling fast ausschließlich in Industrieunternehmen, Banken und Staatsanleihen untergebracht.

Die Vereinigten Staaten herrschen hauptsächlich in den Industriezweigen vor, deren Entwicklung sie unterstützt haben, z. B. in der Fleischverarbeitungsindustrie mit ihren rund 350 000 Arbeitern (ein Teil derselben arbeitet in den Kühlereien), ferner in der Schuhbranche, in der Baumwoll- und Wolleindustrie. In früheren Zeiten wurden sämtliche Gewebe aus England importiert, heute werden sie in Argentinien selbst hergestellt. Selbstverständlich befaßt sich Nordamerika mit der Entwicklung der nationalen Industrie, um sie in ihre Gewalt zu bekommen.

Dieser Prozeß der industriellen Entwicklung ist zugleich ein Differenzierungsprozeß. Ein Teil des Kleinbürgertums und der industriellen Bourgeoisie hat sich auf die Seite des nordamerikanischen Imperialismus geschlagen, während ein anderer Teil der Proletarisierung verfallen ist. Das ist das Ergebnis des Vormarsches des nordamerikanischen Imperialismus in Argentinien.

Ein weiteres Beispiel bietet Brasilien. Im Gegensatz zu Argentinien vollzieht sich dort die Entwicklung der Industrie in ungleichmäßiger Weise, beschränkt sich nur auf einige Industriezweige. Die Rohstoffe sind zu einem sehr großen Teil in den Händen Englands, das sich in seinem Vordringen bereits seit einem Jahrhundert auf Regierungen stützt, die den Großgrundbesitz vertreten.

Im Jahre 1925 betrug die Summe des von England in Brasilien investierten Kapitals 310 Millionen Pfund Sterling. Die Hälfte davon entfällt auf Staatsanleihen, der Rest auf landwirtschaftliche Betriebe, Eisenbahnen, Banken und Industrieunternehmen. Infolgedessen war England bestrebt, eine gewisse politische Kontrolle über das Land auszuüben, indem es die reaktionäre Politik der Großgrundbesitzerregierungen unterstützte.

Nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet suchten die Großgrundbesitzer es in jeder Weise zu verhindern, daß die industrielle Bourgeoisie auf legalem Wege zur Macht gelangt. Dies führte zu dem bewaffneten Aufstande von 1922, der ein Versuch der unterdrückten Schichten war, den Großgrundbesitzern die Staatsmacht zu entreißen, jedoch in seinen Anfängen erstickt wurde. Der nächste Aufstand (1924) wurde von Amerika mit allen Mitteln, auch durch Geld und Waffenlieferungen, unterstützt, und die Revolutionäre hatten zunächst Erfolg. Der Arbeiterbezirk San-Paolo sowie eine Reihe der industriell entwickeltesten Teile des Landes wurden von den Aufständischen besetzt. Schließlich wurde der Aufstand niedergeworfen, da England seinerseits die Regierung mit Geld unterstützte und im Notfall auch bewaffnete Hilfe in Aussicht stellte. Doch der Geist des Aufstands ist keineswegs gebrochen, die Revolutionäre sind nicht entwaffnet, sie haben sich ins Innere des Landes, in die Provinz Mattogrosso, zurückgezogen und halten von dort aus die Regierung in Schach. Das Kleinbürgertum und die industrielle Bourgeoisie werden schließlich siegen: 1. weil sie die Unterstützung des nordamerikanischen Imperialismus haben; 2. aus geschichtlichen Gründen. Im Bezirk San-Paolo hat sich der amerikanische Imperialismus das ausschließliche Monopol auf den Kaffeebau gesichert, sowie einige Konzessionen in den Baumwoll- und Kautschukgebieten, die bis zum letzten Jahre England reserviert waren.

Andererseits hat dank dem föderalistischen Aufbau des Staates die industrielle Bourgeoisie in den Bezirken, wo sie vorherrscht, das Vordringen des nordamerikanischen Kapitals begünstigt. Das steigert noch die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze dieses Landes, wo zwei Strömungen aufeinanderprallen, gewissermaßen zwei Nationen: die industrielle Nation und der Großgrundbesitz. Der Großgrundbesitz hat vorläufig noch das Heft in der Hand, über seinen nahenden Sturz besteht jedoch kein Zweifel.

Das Beispiel dieser zwei bedeutendsten Länder Südamerikas zeigt uns die charakteristische Form des Eindringens des nordamerikanischen Imperialismus in Latein-Amerika.

Die verschiedenen Grade der imperialistischen Unterdrückung

Obwohl die imperialistische Unterdrückung sich fast auf sämtliche Länder Latein-Amerikas erstreckt, ist doch ihr Grad verschieden, je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Länder.

Wo der Großgrundbesitz herrscht und seine Stellung mit Unterstützung des englischen Imperialismus zu behaupten trachtet, wo das Kleinbürgertum um seine Entwicklung und um die Eroberung der Macht kämpft, da spielt der nordamerikanische Imperialismus durch die Unterstützung, die er dem Kleinbürgertum zuteil werden läßt, eine objektiv fortschrittliche Rolle. Wo jedoch der englische Imperialismus noch wenig vorgedrungen ist, wo der nordamerikanische Imperialismus sich auf die gleichen sozialen Schichten stützt wie der englische, da spielt er auch die gleiche reaktionäre Rolle.

Um unsere Analyse zu erleichtern, werden wir die Länder Latein-Amerikas in vier Kategorien einteilen:

a) Koloniale Länder, die in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht vom nordamerikanischen Imperialismus direkt abhängig sind;

b) halbkoloniale Länder, die infolge ihrer Abhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital, obwohl politisch unabhängig, wirtschaftlich dem nordamerikanischen Imperialismus unterworfen sind. In diesen Ländern ist die Regierung in den Händen der Großgrundbesitzer;

c) Länder, die sowohl politisch als auch wirtschaftlich unabhängig sind, in deren wichtigste Industriezweige der Imperialismus aber bereits eingedrungen ist und die daher immer mehr seinem Einfluß verfallen;

d) Länder, wo bereits demokratische revolutionäre Regierungen bestehen, die bestrebt sind, ihrem Staat zu selbständigem wirtschaftlichen Leben zu verhelfen.

Unter die erste Kategorie fallen die Länder Zentralamerikas, die nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer und militärischer Hinsicht von dem Imperialismus der Vereinigten Staaten kontrolliert werden. Die angeblich unabhängigen Republiken Zentralamerikas (Kuba, Haiti, San Domingo, Nicaragua, Guatemala, Honduras, San Salvador, Costa-Rica usw.) sind in Wirklichkeit Kolonien des nordamerikanischen Imperialismus. In diesen Ländern sind nur die Regierungen stabil, die von den Vereinigten Staaten unterstützt werden und ihren Interessen dienen. Die häufigen Aufstände dort sind stets von den Vereinigten Staaten selbst provoziert, die mit diesen Methoden ihren Einfluß erweitern.

Zugleich hat der nordamerikanische Imperialismus diesen Ländern „Finanz-Kontrollkommissionen“ aufgezwungen, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit kontrollieren und selbst für ihre Politik maßgebend sind. Die Steuererhebung, der Außenhandel — alles bedarf der Bestätigung der Kommission.

Selbstverständlich übt die Regierung dieser Staaten keinerlei Kontrolle in den dortigen nordamerikanischen Unternehmen aus, und die Imperialisten sind dort unbeschränkte Herrscher.

Daher können alle diese Länder mit vollem Recht als Kolonien bezeichnet werden.

Die Länder der zweiten Kategorie, wie z. B. Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien, Paraguay, sind politisch unabhängig, wirtschaftlich jedoch ver-

mittels Konzessionen und Anleihen ganz und gar dem nordamerikanischen Imperialismus ausgeliefert. Dieser hat in den reichsten Gebieten, die als Rohstoffquellen in Frage kommen, eine Reihe von Konzessionen erhalten und sich dort wie in einem eroberten Lande breit gemacht. Er hat dort eigene Polizei, eigene Gesetze und eigene Arbeitsverhältnisse eingeführt. In diesen Ländern gibt es wohl eine Arbeiterschutzgesetzgebung, doch wird sie auf Konzessionsunternehmen niemals angewendet. Die einheimischen Arbeiter werden wie Kolonialsklaven ausgebeutet. Der Arbeitstag beträgt 10 bis 12 Stunden, Streik und Versammlungen sind verboten. Der Arbeiter lebt in Häusern, die dem Unternehmer gehören, er muß Lebensmittel in Läden kaufen, die ebenfalls in Unternehmerhänden sind, er ist ganz und gar an den Betrieb gebunden, und wo er sich zur Wehr setzt, wird er aufs grausamste unterdrückt. In diesen, dem amerikanischen Imperialismus in der Form von Konzessionen abgetretenen Gebieten, ist die Regierung vollkommen machtlos. Andererseits unterhalten die meisten bürgerlichen Politiker engste Beziehungen zum amerikanischen Imperialismus, sei es als Aktionäre, sei es als Angestellte der amerikanischen Unternehmer.

Kurz, der amerikanische Imperialismus hat sich der Lebensquellen der Volkswirtschaft dieser Länder bemächtigt (der englische Imperialismus ist hier nur schwach vertreten) und kann ganz nach Belieben Petroleum, Zinn, Kupfer, Kautschuk, Baumwolle, Wolle, Kaffee, Tabak usw. exportieren.

In der dritten Kategorie finden wir die wichtigsten Länder Südamerikas: Argentinien, Brasilien und Chile. Der Kampf zwischen dem nordamerikanischen und dem englischen Imperialismus ist hier am schärfsten. Gerade weil hier die industrielle Entwicklung bereits eine gewisse Höhe erreicht hat und weil die beiden konkurrierenden Imperialismen sich auf verschiedene wirtschaftliche Elemente stützen, ist die ausschließliche Beherrschung dieser Länder durch einen Rivalen nur schwer zu erreichen. Daher vollzieht sich die imperialistische Durchdringung mit einer gewissen Geschmeidigkeit und ist nur auf wirtschaftlichem Gebiete fühlbar, da die Imperialisten auf politischem Gebiet sorgfältig alles vermeiden, was in der Regierung die Befürchtung erwecken könnte, daß die Unabhängigkeit des Landes durch die imperialistischen Interessen bedroht ist.

Andererseits fühlt sich die nationale Bourgeoisie bereits stark genug, und wenn sie die Unterstützung des ausländischen Kapitals für ihre wirtschaftliche Entwicklung annimmt, so denkt sie trotzdem immer daran, ihre Unabhängigkeit in vollem Umfang zu verwirklichen und aus eigener Kraft die Volkswirtschaft des Landes aufzubauen.

Trotz dieser Illusionen des Kleinbürgertums und der industriellen Bourgeoisie sehen wir in allen Zweigen des Wirtschaftslebens einen unaufhaltenden Vormarsch des Imperialismus, der die Volkswirtschaft des Landes in immer höherem Maße unter seine Kontrolle bringt. Es vollzieht sich ein Konzentrations- und Modernisierungsprozeß der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmen, dessen Folge die Pauperisierung eines Teils des Kleinbürgertums, Arbeitslosigkeit, Sinken des Lohnniveaus usw. sind. Eine spezielle Folge der Konzentration des Grundbesitzes ist die zunehmende Proletarisierung der Bauernschaft.

Zur vierten Kategorie gehört Mexiko. Der ausländische Imperialismus ist in mehrere Zweige des Wirtschaftslebens eingedrungen, trotz der inneren

und äußeren Gegensätze ist aber das Augenmerk der kleinbürgerlichen Regierung auf die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes gerichtet, und zwar auf einer Grundlage, die auch einige Elemente des sozialistischen Aufbaus aufweist. Wir können die gegenwärtige Situation in Mexiko bis zu einem gewissen Grade mit der in Rußland nach dem Kerenski-Aufstand vergleichen: eine sozialdemokratische Regierung, in der Furcht lebend, von der proletarischen Revolution überholt zu werden, und sich noch auf kapitalistische Elemente stützend, die, im bewaffneten Kampf gegen die Revolutionäre unterlegen, nunmehr bestrebt sind, ihre wirtschaftliche Lage wieder zu begründen, indem sie sich mit der Regierung abfinden.

Ohne starke wirtschaftliche Basis, politisch vom Partikularismus zerrissen, ist die Kleinbourgeoisie gezwungen, bald der Bourgeoisie, bald den Arbeitern und Bauern Konzessionen zu machen, die die einzige Kraft sind, auf die sich die kleinbürgerliche Regierung stützen kann, um die von außen und von innen gegen sie gerichteten reaktionären Angriffe abzuwehren.

Bedeutung Latein-Amerikas als Absatzmarkt für das Industriekapital und als Rohstoffquelle

Latein-Amerika ist von großer Bedeutung für die Expansionspolitik der imperialistischen Länder, insbesondere für die Vereinigten Staaten. Dies wird deutlich, wenn man die Statistik des in Latein-Amerika investierten Industrie- und Finanzkapitals analysiert: 4 245 Mill. Dollar, davon 3 230 Mill. Industriekapital und 1 015 Mill. Finanzkapital, das sind 40 Prozent des gesamten von den Vereinigten Staaten exportierten Kapitals. Was den Handel der Vereinigten Staaten mit Latein-Amerika anbetrifft, so beträgt sein Wert 2 095 Mill. Dollar, das ist der vierte Teil des gesamten nordamerikanischen Ausfuhrhandels.

Der erbitterte Kampf der imperialistischen Mächte um die Eroberung der wichtigsten Rohstoffquellen — Petroleum, Kautschuk, Kohle, Baumwolle, Kupfer, Zinn, Nitrate (Salpetersalze) — ist bekannt. Latein-Amerika besitzt große Mengen dieser Rohstoffe und — ihre Gewinnung hat, außer in Mexiko, kaum erst begonnen. Der englische und der amerikanische Imperialismus suchen eine möglichst große Anzahl von Konzessionen in den Rohstoffgebieten zu erringen, und in diesem Kampf hat Nordamerika, kraft der größeren Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit seiner Expansionspolitik, die größeren Aussichten auf Erfolg.

Heute sind die Vereinigten Staaten bestrebt, sich der Petroleumquellen zu bemächtigen, und es ist für sie von größter Wichtigkeit, darin England vorzuzukommen. Manchmal werden die Petroleumfelder nicht sofort ausgebeutet, da die notwendigen Vorarbeiten und die Organisation des Transportes einen großen Kapitalaufwand erfordern, so daß Amerika es vorzieht, auf einen günstigeren Augenblick zu warten. So liegen die ausgedehnten Petroleumfelder, die in Argentinien, Bolivien, Peru, Kolumbien und Venezuela der „Standard Oil“ abgetreten sind, noch tot da. Dies hat in manchen Ländern, wo die industrielle Bourgeoisie diese Politik als Sabotage der wirtschaftlichen Interessen des Landes brandmarkte, zu wahren Skandalen geführt.

Wie wichtig für die Vereinigten Staaten eine solche Petroleumreservequelle ist, geht aus den Deklarationen der wissenschaftlichen Kommission

hervor, die von dem Petroleumdepartement Nordamerikas ernannt wurde und die erklärt, daß, wenn die Ausbeutung der Petroleumquellen der Vereinigten Staaten das heutige Tempo beibehält, sie bald erschöpft sein werden. Allerdings haben sich bereits ähnliche Prognosen dieser Kommission in der Folge als unzutreffend herausgestellt. Indessen erklärt die Kommission in ihrem letzten Bericht (Juli 1926), nach sorgfältigem Studium der Frage, daß in 6 oder 7 Jahren die Petroleumreserven in Nordamerika erschöpft sein dürften.

Es ist bekannt, daß Mexiko zur Zeit in bezug auf Petroleumgewinnung an zweiter Stelle steht. Weniger bekannt dürfte die Tatsache sein, daß andere Länder Südamerikas noch viel reichere Petroleumquellen besitzen als Mexiko. So zum Beispiel Venezuela. In diesem Lande ist der Kampf um die Petroleumgebiete zwischen der „Standard Oil“ und der „Royal Dutch“ sehr erbittert. Die erstere will um jeden Preis ihre Konzessionen behalten, die letztere will sie ihr aber abkaufen, um das ganze Petroleumgebiet ihrem Einfluß zu unterwerfen. Das Petroleumgebiet von Maracaibo ist größer als Belgien und liegt 140 Meilen weniger von New-York entfernt als die Petroleumquellen Mexikos. Gleichzeitig kann dieses venezuelische Petroleum, dank dem billigen Wassertransport auf den Flüssen des Landes, in den Hafentädten zu billigeren Preisen verkauft werden als das mexikanische und kalifornische Petroleum. Wie entwickelt sich die Petroleumgewinnung in diesem Lande? Die ersten Versuche der Petroleumgewinnung gehen bis auf das Jahr 1907 zurück. Eine regelrechte Ausbeutung hat jedoch erst 1921 eingesetzt mit einer Produktion von 446 000 Tonnen. 1923 waren es 4 Millionen, 1926 = 20 Millionen und in diesem Jahr 35 Millionen, d. h. die Produktion ist im Laufe von 5 Jahren von einer halben Million auf 35 Millionen gestiegen. Es wird versichert, daß 1930 Venezuela eines der ersten Länder der Welt hinsichtlich der Petroleumgewinnung sein wird.

Auch in anderen südamerikanischen Ländern beginnt man die Petroleumgewinnung zu steigern: Peru = 1,5 Millionen Tonnen, Argentinien = 0,7 Millionen und die übrigen = 1,4 Millionen.

Ein anderer Zweig des Bergbaus, der eine außerordentlich rasche Entwicklung einschlägt, ist der Kupfererzbergbau, der sich hauptsächlich in nordamerikanischen Händen befindet. In Peru, Bolivien und Chile sind 90 Prozent der Kupfergewinnung in den Händen nordamerikanischer Unternehmen. In Chile hat insbesondere Nordamerika eine Reihe modern eingerichteter Betriebe errichtet, die bereits zirka 30 000 Arbeiter beschäftigen. Die Produktion ist von 46 000 Tonnen im Jahre 1916 auf 207 000 Tonnen im Jahre 1925 gestiegen und weist weiter steigende Tendenz auf. Chile folgen in absteigender Reihenfolge Mexiko, Peru, Bolivien und Kuba.

Die chilenische Nitratgewinnung ist ebenfalls weltbedeutend. Dank den chilenischen Nitratbergwerken besaß England bis vor dem Kriege das Monopol der Nitratgewinnung. Nordamerika hat aber eine Reihe von Konzessionen in den Kupfergebieten, in den Zinnbergwerken usw. Doch die Nitrate und Kohlen waren englisches Monopol. Die Nitrate sind für Nordamerika von außerordentlicher Bedeutung, sowohl für die Friedens- als auch für die Kriegsindustrie, und es macht die größten Anstrengungen, um diese Gebiete an sich zu reißen. Um das englische Monopol zu brechen, hat Amerika zu den verschiedensten Mitteln Zuflucht genommen: es ist zur synthetischen

Nitratproduktion übergegangen, es hat der deutschen Nitratindustrie zu Zwecken ihrer Entwicklung Kapital vorgeschossen und mehrmals Krisen herbeigeführt, indem es sich als Käufer vom Markt zurückzog. Später ist seine Lage erstarkt und durch eine Reihe von Anleihen, die an die chilenische Regierung von Nordamerika gewährt wurden, hat es eine Reihe von Konzessionen in den Nitratgebieten erworben. Dort hat es eine Reihe moderner Betriebe errichtet, die in bezug auf Produktion den englischen überlegen sind. Es hat England zunächst zu einem Kompromiß und Mitte 1926 dann zum Verkauf mehrerer Betriebe gezwungen. Heute sind es die nordamerikanischen Unternehmen, die die Nitratproduktion aller Länder beherrschen. Die Entwicklung dieses Industriezweiges vollzog sich in der gleichen Weise wie die des Kupferbergbaus: 1914 = 498 000 Tonnen, 1925/26 = 909 000 Tonnen. In diesem Industriezweig gibt es gegenwärtig über 100 Betriebe mit über 40 000 Arbeitern. Dank dem Vormarsch in obigen Industriezweigen beträgt das nach Chile importierte amerikanische Industriekapital im Jahre 1925 = 350 Millionen Dollar gegen 25 Millionen Dollar im Jahre 1913.

Die Baumwollproduktion ist in den Ländern Südamerikas ebenfalls gestiegen: in Brasilien von 907 000 Zentnern im Jahre 1913 auf 1 312 000 Zentner im Jahre 1924; in Peru von 159 000 auf 452 000 Zentner, in Argentinien von 6000 auf 146 000 Zentner in den gleichen Jahren. In Paraguay betrug die Produktion des vorigen Jahres 90 000 Zentner. Die Baumwollproduktion dieser Länder weist auch weiterhin eine steigende Tendenz auf.

In den Gebieten von San Paolo und Rio de Janeiro (Brasilien) sehen wir ebenfalls eine starke industrielle Entwicklung. Im Jahre 1920 wurden dort 104 000 Textilarbeiter gezählt, heute sind es bereits zirka 180 000.

Ein anderer wichtiger Rohstoff Südamerikas ist der Kautschuk. Er bildet ein Viertel des Imports der Vereinigten Staaten, die gerne das Monopol Englands abschütteln möchten, da England den Kautschuk zu sehr hohen Preisen verkauft. Südamerika bietet die größten Möglichkeiten für diese Produktion, Brasilien allein kann Riesenmengen von Kautschuk liefern. Von den 35 Millionen Pfund der gesamten brasilianischen Kautschukproduktion werden 29 Millionen in den Vereinigten Staaten verkauft. Zwischen den Imperialisten Englands und der Vereinigten Staaten wogt ein erbitterter Kampf um die Gebiete, die diesen wertvollen Rohstoff liefern können.

Was die Produktion von Kaffee, Kakao und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie die Viehzucht anbetrifft, so ist die Bedeutung der südamerikanischen Länder wohlbekannt. Man weiß auch, daß Argentinien in bezug auf Getreideausfuhr den zweiten Platz einnimmt, und daß auch die Fleischindustrie einen hohen Entwicklungsgrad erreicht hat.

Dies ist in kurzen Zügen das Bild der natürlichen Reichtümer Latein-Amerikas, die die Appetite der imperialistischen Staaten wecken und die Wichtigkeit dieser Länder in der Weltwirtschaft begründen.

(Fortsetzung folgt.)

P. K. :
„MODERN INDIA“ *

Der Verfasser dieses Buches ist Mitglied des Polbüros des ZK der KP Englands. Er hat die Möglichkeit gehabt, an Ort und Stelle die nationale Freiheitsbewegung Indiens kennen zu lernen und das wirtschaftliche wie auch das sozialpolitische Leben dieses Landes nach allen Richtungen hin zu studieren. Im Vorwort zu seinem Buch verweist Genosse Dutt darauf, daß es „ein Versuch ist, das Problem der nationalen Freiheitsbewegung Indiens vom Standpunkt des Kampfes der Volksmassen um die Unabhängigkeit des Landes, den Kampf selbst aber — als einen Teil der Weltrevolutionsbewegung zu betrachten“.

Die indische nationale Bewegung hat jenes Niveau erreicht, wo eine Revision ihrer Voraussetzungen, ihrer Ziele und ihrer Taktik sich als notwendig herausstellt. Vor dem Kriege war die nationale Bewegung in Indien nur durch eine verhältnismäßig kleine Intellektuellen-Gruppe vertreten. Nach dem Kriege aber wurden breite Volksmassen in die Bewegung hineingezogen.

In den „Sturm- und Drangjahren“, als alles wie in einem Vulkan kochte und zischte, zog die indische Bourgeoisie ein Kompromiß mit dem englischen Imperialismus dem revolutionären Kampf um die Unabhängigkeit des Landes vor. Durch die Abkehr der nationalen Bourgeoisie von der Revolution, durch den Verrat der nationalen Interessen durch die indische „Gesellschaft“ ist es klar geworden, daß die nationale Bewegung in Indien nur siegen kann, wenn breite Arbeiter- und Bauernmassen ihre Träger sein werden, „wenn — wie Genosse Dutt ganz richtig bemerkt — die Ziele und das Programm des nationalen Freiheitskampfes den Interessen und Zielen der breiten Arbeiter- und Bauernmassen entsprechen werden“.

Der Verfasser untersucht nun jene Verhältnisse, auf deren Boden die moderne indische nationale Bewegung entstanden ist. Er analysiert die Vorkriegspolitik des englischen Imperialismus in Indien, ihre verschiedenen Entwicklungsstadien — angefangen von der Tätigkeit der ostindischen Handelsgesellschaft und endend mit der gegenwärtigen Politik des englischen Finanzkapitals.

Der Verfasser legt die Auffassungen von Karl Marx über die revolutionierende Rolle des englischen Kapitals in Indien ausführlich dar. Nach Marx besteht die soziale Revolution, die England in Indien vollzogen hat, in der Zerstörung der alten feudalen Ordnung und in dem Betreten des Weges der bürgerlichen Ausbeutung. Die Bodennutzungsgemeinde, die eine Stütze des feudalen Regimes war, wurde durch das Eindringen der englischen Manufaktur vernichtet.

Im dritten Kapitel, welches den Titel „Der moderne Imperialismus in Indien“ trägt, finden wir eingehend bearbeitetes statistisches Material über die Industrialisierung Indiens, über die Formen der Zusammenarbeit zwischen dem einheimischen und dem englischen Kapital. Der Verfasser kommt zu dem Schlusse, daß die Identifizierung der indischen nationalen Interessen mit den Interessen des einheimischen Kapitalismus falsch ist. Die Interessen der Massen verlangen die völlige Befreiung von der imperialistischen Ausbeutung, dies ist aber nur unter der Voraussetzung der völligen Unabhängigkeit des Landes möglich.

Das vierte Kapitel ist der National-Bewegung, der Analyse der Ghandy-Bewegung und der Ursachen ihres Zusammenbruchs sowie der Rolle der „Swaradschisten-Partei“ gewidmet. Dieses Kapitel enthält eine zutreffende Beurteilung der kleinbürgerlichen utopisch-reaktionären Richtung, deren Führer Ghandy war. Die Niederlage dieser Bewegung bedeutet keineswegs eine Niederlage der revolutionär gesinnten Massen, sondern einen Bankrott der Führer.

Im Laufe seiner weiteren Ausführungen untersucht der Verfasser die Bauernfrage, geht kurz auf die Agrarfrage in einigen indischen Provinzen ein und kommt zum Schluß, es müsse in der Agrarfrage ein neues Programm ausgearbeitet werden, das dem Verlangen der indischen Bauernschaft vollkommen gerecht werden soll.

* R. Palme Dutt, Bombay, 1926, 211 pages.

Ein spezielles Kapitel beschäftigt sich mit der Arbeiterbewegung. Des weiteren erörtert der Verfasser den Platz Indiens in der internationalen Arbeiterbewegung und betont, daß die internationale Arbeiterklasse der einzige Bundesgenosse der indischen nationalen Bewegung gegen den Imperialismus ist. Die unmittelbare Aufgabe der Gegenwart besteht in der Festigung des Bündnisses zwischen der englischen Arbeiterbewegung und der nationalen Freiheitsbewegung Indiens. „Der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus ist die einzige Voraussetzung für den Sieg dieser beiden Verbündeten.“

Wir sind nicht sonderlich reich an marxistisch-leninistischer Literatur über Indien. Neben den Arbeiten des Genossen Roy ist das von uns besprochene Buch der beste Beitrag zur Beleuchtung der Ostfragen vom Standpunkt revolutionärer leninistischer Auffassungen.